

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis: 3,00 Mk. monatlich, 1,50 Mk. vierteljährlich, 5,00 Mk. halbjährlich, 10,00 Mk. jährlich.

Vormärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsstelligen Annoncen...

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 6. Dezember 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vormarsch auf Bukarest und Ploesti.

Kämpfe am Tartarenpaß. — Vordringen ostwärts gegen Linie Ploesti und über den unteren Argeful. — 17000 Gefangene. — Neue Gefechte östlich der Cerna.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 5. Dezember 1916. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Im Frühnebel stießen nach kurzer, starker Artilleriewirkung englische Abteilungen östlich der Straße Albert-Barleucourt vor; sie wurden durch Feuer zurückgewiesen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich der Bahn Zarnopol-Krasne stießen bei Augustowka vergeblich russische Abteilungen gegen ein ihnen längst entzogenes Grabenstück vor.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Während erneute Angriffe der Russen am Capul, nordöstlich von Dorna Watra, im Patna-Trotosul- und Uz-Tale ohne jeden Erfolg blieben, haben deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in den Vortagen verlorene, für uns wichtige Höhenstellungen im Sturm zurückgenommen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Verfolgung den Widerstand feindlicher Nachhut brechend, hat die 9. Armee die Bahn Bukarest-Targoviste-Pietrosita ostwärts überschritten.

Die Donau-Armee folgte nach ihrem am unteren Argeful gegen starke zahlenmäßige Ueberlegenheit erfochtenen Siege, an dem insbesondere die 217. Infanterie-Division rühmlichsten Anteil hatte, dem weichen Feinde bis an den Abschnitt, mit dem linken Flügel kämpfend darüber hinaus.

Die gestern gemeldete Gefangenenzahl vom 3. Dezember erhöht sich auf 12 500; bei der 9. Armee sind noch 2000, bei der Donau-Armee 2500 Mann, letztere 22 Infanterie- und 6 Artillerie-Regimentern angehörend, hinzugekommen.

In der Dobrudscha keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Ostlich der Cerna haben sich neue Gefechte entwickelt; serbische Vorstöße bei Bahovo und Ronte an der Moglena-Front sind gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, 5. Dezember, abends. (W. Z. S.)

In Ost und West nichts Besonderes.

In Rumänien Fortschritte Richtung Bukarest und Ploesti.

An mazedonischer Front Artilleriekampf.

Der österreichische Bericht.

Wien, 5. Dezember 1916. (W. Z. S.) Amtlich wird verkauft:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die in den letzten Tagen errungenen Erfolge wurden ausgebaut. Die Donau-Armee schlug mit ihrem rechten Flügel

russische Angriffe ab und drang südwestlich von Bukarest über den Argeful hinaus. Die nordwestlich der Hauptstadt Rumänien vorgehenden österreichisch-ungarischen und deutschen Kräfte sind über die Bahn Bukarest-Tirgoviste vorgerückt.

Heeresfront des Generalobersten Erzherzog Joseph.

Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generals von Arz haben im Grenzgebiet westlich und nordwestlich von Cerna den Russen durch Gegenstoß alle örtlichen Erfolge wieder entzogen, die sie in den letzten Tagen an einzelnen Stellen errungen hatten.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer einem rasch abgewiesenen russischen Vorstoß bei Augustowka in Dnjalizien nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Troy Regen und Nebel blieb das Geschützfeuer im Karstabschnitt auf gleicher Stärke.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Doerfer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Linienchefleutnant Sanfield hat am 3. Dezember nachmittags über dem Karstplateau im Luftkampf mit italienischen Caproni-Landflugzeugen einen derselben abgeschossen.

Flottenkommando.

Deutsche U-Boote vor Madeira.

Drei feindliche Schiffe im Hafen von Funchal versenkt.

Lissabon, 5. Dezember. Meldung der Agence Havas. Am Montag morgen drangen deutsche Unterseeboote in den Hafen von Funchal (Haupthafen der portugiesischen Insel Madeira) ein und griffen einen französischen Dampfer mit Kriegsmaterial und ein englisches Kauffahrteischiff an.

Eine spätere portugiesische Meldung berichtet zu dem Angriff der U-Boote: Der Marineminister teilte mit, daß die im Hafen von Funchal versenkten Schiffe folgende sind: das französische U-Boot-Geleiterschiff „Kanguroo“, der englische Dampfer „Dacia“ und das französische Kanonenboot „Surprise“.

Die „Kanguroo“ ist ein englischer Torpedobootszerstörer der Albatrossklasse und verdrängte 480 Tonnen Wasser. Die „Dacia“ könnte mit einem früheren deutschen bei Kriegsbeginn nach Vrest aufgebracht worden sein und würde dann 354 Tonnen verdrängen.

Beunruhigende Beschwichtigung

Wer den Vizekanzler Dr. Helfferich im Reichstag zu beobachten Gelegenheit hatte, der kann ihn von dem Charakterzuge einer gewissen Rechtshaberei nicht freisprechen.

Geist von diesem Geiste, vielleicht noch schlimmerer Geist ist ein Rechtfertigungsversuch, den die offiziöse „Norddeutsche Allg. Ztg.“ für die Haltung des Staatssekretärs beim Zivildienstgesetz unternimmt.

Wer meint, daß der Artikel der „N. A. Z.“ — er heißt „Sozialpolitik im Hilfsdienstgesetz“ — diese Herrn Helfferichs Popularität gewiß nicht förderliche Erinnerung zum Verblaffen bringen sollte, irrt sehr.

Zum ersten Male schafft ein deutsches Gesetz für die Gesamtheit der deutschen gewerblichen Arbeiter und Angestellten eine obligatorische, aus freier Wahl hervorgehende Vertretung in den Arbeiterausschüssen.

Das wissen wir, aber wir sehen darin kein Verdienst, sondern eben nur die dringenden Klauteln gegen Mißbrauch einer zwar notwendigen aber andernfalls unerträglichen Beschränkung der Arbeitsfreiheit.

Einige von den seitens der Arbeitervertreter erhobenen Forderungen konnten allerdings nicht zugestanden werden; namentlich gilt das von denjenigen Wünschen, die schematisch und ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse die neugeschaffenen Einrichtungen auf die Arbeiter und Angestellten der Staatsbahnen übertragen wollten.

Nun folgt eine längere Abhandlung darüber, daß die Öffentlichkeit die Sache falsch verstanden hätte. Gewisse Auskünfte beständen bereits (deren Befugnis aber außerordentlich beschränkt ist. Red. d. „Vorm.“).

Der sozialdemokratische Antrag aber wollte die Wirksamkeit der in § 13 allgemein vorgesehenen Schiedsstellen auch auf das Staatsbahnpersonal ausdehnen, und damit die Regelung der Arbeitsbedingungen der Eisenbahner einer dritten, außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehenden Instanz übertragen.

Darin, daß die Eisenbahnverwaltung mit einer außerhalb stehenden Instanz verhandeln soll, wird höchstens jener konservativen Abgeordnete etwas Schreckliches erblicken, der bei der Beratung der Arbeiterausschüsse entsetzt ausrief: „Der Firma Krupp kann man doch so etwas nicht zumuten.“

Aber noch weit bedenkllicher als dieser Passus der „N. A. Z.“ ist der daraus folgende:

Die Annahme des sozialdemokratischen Antrags hätte also eine schwer entwirrbare Lage geschaffen, einen Konflikt zwischen dem vaterländischen Interesse an alsbaldigen Zulieferungen des Hilfsdienstes und dem gleichfalls nicht preisgebenden Interesse an der Aufrechterhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Eisen-

Bahnverwaltung heraufbeschworen. Die verbündeten Regierungen hätten sich vor die Frage gestellt gesehen, ob sie die Verantwortung für eine Gesetzesbestimmung annehmen könnten, die für die Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnbetrieb eine solche Gefahr bedeutet hätte, und weiterhin vor die noch schwerere Frage, ob nicht etwa die Bewirkung des der Hilfsdienstpflicht zugrunde liegenden Gedankens auf anderem als dem im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitwirkung des Reichstags eingeschlagenen Wege gesucht werden müsse.

Einen solchen Ausspruch sollte man allerdings nicht von dem offiziellen Blatt einer Regierung erwarten, die Wert darauf legt, daß während des Krieges der Burgfrieden bestehen bleibt. Denn diese Aeußerung ist eine unverhohlene Bekräftigung und Unterstreichung jener Aeußerung Helfferichs, die im Reichstag den größten Unwillen hervorrief. Klar und offen wird hier ausgesprochen: Wenn der Reichstag entgegen dem Wunsche Dr. Helfferichs die Ausschüsse für Staatseisenbahnbetriebe in das Gesetz aufgenommen hätte (wozu bekanntlich nur zwei Stimmen fehlten), dann hätte die Regierung das Gesetz fallen lassen und die zivile Dienstpflicht dem Volke ohne Mitwirkung des Reichstages auf dem Verordnungswege auferlegt.

Wir können nicht annehmen, daß die „N. A. Z.“ jetzt da diese Gefahr vorüber, nur mit dem Gedanken spielt — „dazu sind die Zeiten zu ernst“ —, wir müssen uns bewußt sein, daß Herr Dr. Helfferich sich von Anfang an mit diesem Gedanken getragen hat, daß, wenn zwei Stimmen mehr in die Bagchale der Ausschüsse gefallen wären, Herr Helfferich dem Reichstag erklärt hätte: Die Regierung legt auf die Annahme des Gesetzes durch den Reichstag keinen Wert mehr, der Reichstag mag nach Hause gehen. Danach aber wäre im „Reichsanzeiger“ die Verordnung über die zivile Dienstpflicht erschienen, und zwar wahrscheinlich nicht jenes vom Reichstag jetzt beschlossene Gesetz, dessen beste Bestimmungen ja gegen den Widerstand der Regierung erkämpft werden mußten, sondern ein viel dürftigerer Entwurf, ähnlich den zuerst veröffentlichten 4 inhaltslosen Paragraphen.

Generalleutnant Gröner, dessen Haltung im Reichstag selbst Genosse Ledebour von der Arbeitsgemeinschaft gegenüber der des Herrn Helfferich als sympathisch hervorhob, hat laut und deutlich erklärt: Ohne den guten Willen der Arbeiter geht es nicht. Herr Helfferich war aber eventuell bereit, die Arbeiter durch eine unter Deckung des Belagerungszustandes aufgetroffene Zwangsverordnung zu verärgern. Denn darüber ist sich doch jedermann klar, daß den Arbeitern der „Vaterländische Hilfsdienst“ gar nicht mehr hätte verleidet werden können, als wenn man ihn über die Köpfe ihrer berufenen Vertreter hinweg gemacht hätte. Glaubte Herr Helfferich, der sich so oft gegenüber den Arbeiterforderungen auf das vaterländische Gesamtinteresse berufen hat, diese Gefährdung des Gesetzeszweckes verantworten zu können, — nur um deswillen, daß die Staatseisenbahndirektion nicht „mit einer dritten, außerhalb der Eisenbahnverwaltung stehenden Instanz“ zu verhandeln braucht?

Welche Achtung vor Willen und Ansicht des Reichstages diese Auffassung eines Regierungsvertreters verrät, bedarf keiner Hervorhebung. Das „V. L.“, das sich in seinem gestrigen Abendblatt mit Herrn Helfferichs Verteidigung durch die „N. A. Z.“ befaßt — es nennt sie „Bekanntnisse eines Diktators“ — urteilt:

Man muß schon um sechs bis sieben Jahrzehnte in der preußisch-deutschen Geschichte zurückgehen, um eine Parallele zu diesem Vorgang zu finden. Der gesamte Reichstag oder auch sein fünfzehngliederiger Ausschuss, der dem Kriessamte zur Ausführung dieses Gesetzes beigegeben ist, wird es sich ernstlich überlegen müssen, ob er unter solchen Umständen mit Herrn Dr. Helfferich noch länger zusammenarbeiten will.

Ob Herr Helfferich auf seinem Posten bleibt, hat der Reichstag ja nach dem Buchstaben der Verfassung nicht zu entscheiden. Aber er wird doch seinen ganzen Einfluß dahin ausbieten müssen, daß der Geist der Reuorientierung sich etwas anders äußert, als aus dem Munde Helfferichs.

## Trepows Kriegsschrei und der englische Kriegswille.

Der Kriegsschrei Trepows hat dem englischen Kriegswillen wohlgetan. Eine Pentnerlast ist ihm vom Herzen weggeglitten. Was Stürmers Neigung, Sonderfriedensgedanken Raum zu geben, heraufbeschworen, ist der Hoffnung auf ein neues Kriegsjahr gewichen.

Noch nie während des Weltkriegs hat die englische Presse wie jetzt in Jubel über Rußland geschwommen. Alles, was der Expansionsdrang Rußlands begehrt, wird begeistert zugestanden. Die Dardanellenschnur soll unbedingt und ganz und gar gestillt werden. Ein Blatt, wie der „Globe“, versteigt sich sogar zur Erinnerung, daß Rußland nie geschlagen worden sei und aus verschiedenen Gründen als nicht erobert gelten müsse.

Rußland ist die große ewige Hoffnung der englischen Kriegspolitik: an diesem Ungetüm, das alle Schläge aushalten kann, soll sich die Schlagkraft der Feinde erschöpfen. „Globe“ sagt: „Trepows Erklärung enthält eine ermutigende Botschaft für alle Alliierten, die unter den heutigen politischen Umständen besonders England willkommen ist. Nämlich das Versprechen, daß Rußland und seine Bundesgenossen den letzten Mann mobilisieren werden und den letzten Pfennig opfern wollen.“ Die England den letzten Mann und Heller Frankreichs verbrennt, so wird es auch noch den letzten Mann und Heller Rußlands auf seinem Blutrost liegen sehen. Mit dieser Hoffnung begann der Weltkrieg, durch diese Hoffnung wird er fortgesetzt.

Denn ohne Rußland ginge die Arbeit, die Europa verwüstet, nicht mehr weiter. Deshalb hat England sich um Stürmers Sturz bemüht; deshalb hat man ein Recht zu der Frage: ob nicht die Rede Trepows bestellte englische Arbeit gewesen ist; und deshalb ergänzt Trepow seine Worte jetzt durch eine Verfügung, die jede Art von Friedensörterungen in der russischen Presse verbietet.

Der Kriegsschrei Trepows ist der erste Afford der neuen wüsten Musik, die jetzt wieder den lauten Friedensruf der europäischen Völker in sein wildes Gegenteil verkehren soll, das da heißt: es ist nicht die Zeit, Kriegsmüde zu sein.

### Trepow als englischer Ordensritter.

Der englische Votchschafter in Petersburg, Sir George Buchanan, hat, wie wir französischen Zeitungen entnehmen, dem russischen Ministerpräsidenten Trepow — acht Tage vor seiner Rede die Insignien des Großkreuzes des St. Michael- und St. Georgs-Ordens überreicht.

Wenn es wahr ist, daß Sir George den Sturz des alten Herrn Stürmer herbeigeführt hat, liefert die Auszeichnung seines Nachfolgers ein recht niedliches Gegenstück dazu.

## Asquith unter Kuratel.

Lloyd George der Vormund.

Die englische Ministerkrise scheint sich nun endgültig dahin geklärt zu haben, daß Asquith formell an der Spitze der Regierung bleibt, diese aber tatsächlich von einem Triumvirat ausgeübt wird, dem Kriegsrat, in dem nicht Asquith sondern der Kriegshauptmann Lloyd George mit Hilfe des konservativen Führers Bonar Law das entscheidende Wort führt. Ursprünglich war noch an den Ulstermann Carson als vierten Mann gedacht — Lloyd George wollte ihn sich nach Meldung der „Times“ als wichtige Stütze sichern —, aber diese Majorisierung ging denn Asquith doch zu weit, er lehnte ab. Folgendes Telegramm kennzeichnet die Situation: London, 4. Dezember. Die Press-Association teilt mit, daß die gefährliche Phase der Krise vorüber sei. Es stehe fest, daß Asquith Premierminister bleiben werde, und man nehme allgemein an, daß es ihm im Verein mit Lloyd George und Bonar Law gelingen werde, alle Differenzen aus dem Wege zu räumen. In den Wandelgängen des Unterhauses glaube man, daß Sir Edward Carson in das Kabinett eintreten und der Kriegsrat nur aus Asquith, Bonar Law und Lloyd George bestehen werde. Man nehme an, daß Bonar Law Erster Lord der Admiralität wird, und Valfour das Kolonialamt übernehmen wird.

Die Stellung des neuen Kriegsrats stellt der politische Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ folgendermaßen dar:

Der von Lloyd George vorgeschlagene Kriegsrat würde eine vollständige Kontrolle über alle Kriegsmahregeln innerhalb und außerhalb Englands ausüben. Seine Beschlüsse würden nicht der Befähigung oder Revision durch das Kabinett, auch nicht dem Premierminister unterliegen. Dieser letztere würde aber von den Beschlüssen in Kenntnis gesetzt werden und alle Beschlüsse, die er verurteilt, dem Kabinett vorlegen können. In einem solchen Falle würde entweder das Kabinett oder der Kriegsrat nachgeben oder zurücktreten müssen.

Es ist kein Wunder, wenn danach anderen Blättern wie „Standard“ Asquiths Stellung unhaltbar erscheint.

London, 5. Dezember. Der maßgebende parlamentarische Mitarbeiter des „Star“ schreibt, daß die Ursache der Krise in der tiefgehenden Meinungsverschiedenheit über die Strategie zwischen der „östlichen und westlichen Schule“ zu suchen sei. Die östliche Schule verlange eine große Armee, etwa von 600 000 bis 1 000 000 Mann nach Saloniki zu senden; die westliche Schule halte dies für einen verrückten Plan, da es England an Schiffsmaterial fehle und unerfüllbare Forderungen stelle und die englischen Truppen der Vernichtung durch deutsche U-Boote ausgesetzt würden. — Wie die gestrigen Morgenblätter melden, hatte Lloyd George eine große Offensive von Saloniki aus verlangt.

London, 5. Dezember. Die „Westminster Gazette“ teilt mit, daß Asquith endgültig abgeteilt hat, einen Kriegsrat zu bilden, dem er nicht selbst angehört. Wie verlautet, unterstützen Grey und die Mehrzahl der hauptsächlichsten Mitglieder des Kabinetts Asquith. Lloyd George verlangt einen kleineren Kriegsrat mit tatsächlich unbeschränkter Vollmacht. Der Premierminister sollte davon ausgeschlossen sein und nur das Recht haben, gegen die Entscheidung sein Veto einzulegen. Asquith stimmte dem Vorschlage, einen kleineren Kriegsrat zu bilden, zwar zu, war aber im übrigen der Ansicht, daß der Premierminister den Vorsitz über den Rat führen müsse. Er würde eher zurücktreten, als sich irgend einer anderen Abmachung fügen. Asquiths Entscheidung ist unwiderrücklich.

Nach den letzten Meldungen hat es allerdings den Anschein, als ob Asquith sich der demütigenden Entmündigung nicht fügen will.

## Acht Milliarden neue Kriegskredite in England.

Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Die neu zu bewilligenden Kredite, welche dem Unterhaus in wenigen Tagen vorgelegt werden sollen, werden vierhundert Millionen Pfund Sterling betragen.

## Der gordische Knoten der Entente.

Die Lage in Griechenland.

Im Unterhause hat Lord Cecil eine radikale Lösung der Lage, die in Griechenland entstanden ist, auf das Programm gesetzt, und zugleich hat er gesagt, daß die Verantwortung des griechischen Königs und der griechischen Regierung durch die Vorgänge in Mitleidenschaft gezogen sei. Eine radikale Lösung bedeutet — zumal in gegenwärtigen Zeitläuften — ein Durchhauen des unangenehmen Knotens mit dem Schwerte des Krieges. Eben das fordert auch der „Temps“. Die Jounet-Phase, die darin bestand, die Diplomatenarbeit von der Aktion in Griechenland auszuschneiden, will das französische Blatt weiter gesponnen sehen. Es ist der Schicksalsfaden der Entente, und sie bringt ihn nicht mehr von den Händen los. Signale wie der blutige Freitag bedeuten da nichts mehr: die ganze Katastrophe muß riskiert werden, ob man will oder nicht.

Der „Temps“ verlangt dringend sofortige militärische Sicherheitsmaßnahmen und führt aus: Wir überschätzen zwar nicht die Mittel, über die der König, die Königin, Streit und Dusmanis verfügen, aber die Orientarmee, die auf der ganzen Front vom Prespasee bis zur Struma beschäftigt ist, braucht nicht nur materielle, sondern auch moralische Sicherheit. Sollte das Athener Vorgehen Nachahmung finden, und sollten in Thessalien sich Nachwirkungen zeigen, so müßte Saloniki, der Grundpfeiler von Sarraills Armee, mindestens hinsichtlich der Verpflegung darunter leiden. Ohne die Frage der früheren diplomatischen Verhandlungen anzuschneiden, müssen wir uns vergegenwärtigen, daß augenblicklich die Lage vor allem militärischen Charakter hat, und daß diplomatische Verhandlungen sie nur noch mehr verwickeln könnten. Die heutige Lage darf nur vor operativen Standpunkt aus geprüft und angefaßt werden.

Admiral Jounet besteht also, obgleich er die im Piräus gelandeten Ententetruppen wieder einschiffen müßte, auf seinem Schein. Er fordert — allerdings unter Zurücklassen eines Pfandes — die Auslieferung griechischer Batterien und zwingt die griechische Regierung durch dies und anderes zu Schritten, die dem Sinn des eben erlebten und siegreich verlaufenen Aufstandes entgegenstehen. Wie die Dinge jetzt liegen, macht also die Athener Regierung den Schein, der Lord Cecils Behauptung, ihre Verantwortung sei durch die blutigen Vorgänge in Mitleidenschaft gezogen, möglichst nicht bestätigt. Woran sich allerdings die Entente jetzt kaum mehr lehnen wird. Sie ist auf ihrer Bahn so weit gekommen, daß sie, wie gesagt, es auf die Katastrophe ankommen lassen muß.

Folgende Telegramme geben die Lage:

## Erklärung der griechischen Regierung.

London, 4. Dezember. „Daily Telegraph“ erfährt aus Athen vom 2.: Die königstreue Presse veröffentlichte heute früh eine Regierungserklärung, in der es heißt, daß Jounet zugestimmt habe, die Auslieferung von sechs Batterien Feldkanonen anzunehmen und daß er seine anfängliche Forderung bezüglich der übrigen Waffen fallen gelassen habe. Es wird gemeldet, daß die griechischen Reservisten mobilisiert werden.

Amsterdam, 5. Dezember. „Times“ meldet aus Athen: Am Sonntag ist mit der griechischen Regierung ein Abkommen geschlossen worden, wonach sechs Batterien ausgeliefert werden sollen und die Alliierten die Kontrolle über die Eisenbahnen und die Jounet über den postalischen und telegraphischen Verkehr erhalten. Alle gefangenen genommenen französischen Soldaten wurden in Freiheit gesetzt. Die französischen Truppenabteilungen sind nach dem Piräus abmarschiert. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Die Stadt nimmt wieder ihr gewöhnliches Aussehen an. Nach einem anderen Telegramm der „Times“ aus Athen heißt es, Gerüchte, daß die griechischen Truppen nach dem Piräus vorrücken würden, hätten neuerdings eine unruhige Stimmung in der Stadt erzeugt. Nach einer Konferenz Jounets mit dem britischen und dem französischen Gesandten wurden

die Truppen der Alliierten wieder eingeschifft.

Die Gesandten der Ententestaaten besuchten den griechischen Minister des Aeußern, und eine danach veröffentlichte Bekanntmachung beruhigte die Bevölkerung. Oberst Zimbrakalis, der frühere Chef der Athener Polizei, ist verhaftet worden. Die griechische Presse erklärt, offenbar durch die Regierung beeinflusst, das Vorgefallene für bedauerlich und schreibt, sie würde es als ein großes Unglück betrachten, wenn es zu einem Konflikt mit den Staaten käme, mit denen Griechenland freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten wünsche.

Nach einer Meldung des „Secolo“ habe Admiral Jounet der Entente den Rat erteilt, von der Forderung der Uebergabe des weiteren Kriegsmaterials abzusehen. Die bisher Athen besetzt haltenden Truppen der Alliierten in Stärke von 3000 Mann marschierten angeblich unter Esforte griechischer Kavallerie nach dem Piräus und wurden dort auf Kriegsschiffe verladen.

## Die Kämpfe in Athen.

Lugano, 5. Dezember. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Athen wurden bei den Zusammenstößen 187 Franzosen getötet und verwundet, weitere 40 wurden von den Griechen gefangen genommen. 15 Schiffe sollen den Königspalast getroffen haben. Einige Anführer der Venizelisten wurden von den Königstreuen verhaftet.

London, 4. Dezember. Der Athener Korrespondent der „Daily News“ berichtet seinem Blatte über die Kämpfe vom Freitag: Ich befand mich im Piräus, um die Auslieferung der französischen Truppen zu sehen, als plötzlich in den Hageln südlich von Athen Schüsse gebürt wurden. Ich entdeckte zugleich, daß die Eisenbahnverbindung abgeschnitten war. Ein Wagen brachte mich den halben Weg nach Athen zurück, konnte aber nicht weiterfahren, weil auf beiden Seiten gefeuert wurde. Ich war genötigt, den zweiten Teil des Weges zu Fuß zurückzulegen, wobei ich durch das Kampfgebiet gehen mußte, das sich auf dem Marsbügel und bei dem Stadion befand. In der Hauptstadt angekommen, erfuhr ich, daß das Schießen um 10<sup>1/2</sup> Uhr früh in der Genieskaserne begonnen hatte; zugleich wurde auf einer Linie, die vom Marsbügel nach dem Denkmal von Philippos südlich der Akropolis verläuft und sich bis zum Stadion erstreckt, gefeuert. Ab und zu wurde auch in der Gegend des Papeion, wo die französische Abteilung einquartiert war, heftig geschossen. Das Gebäude war von den umliegenden Höhen, die es beherrschten, unter Feuer genommen worden. Beim Stadion waren Maschinengewehre und Gewehre in Aktion; auch die späteren Gefechte auf dem Marsbügel waren sehr heftig. Die griechischen Soldaten griffen dort die Franzosen vom Südrande der Akropolis und von den Abhängen des Papeion aus an. Die von einem panischen Schrecken ergriffenen Einwohner suchten in Gruppen an den Mauern der Häuser Deckung, während die Kugeln durch die Straßen flogen. Laufende stürzten auf die attische Ebene hinaus, wohin auch eine lange Reihe von Wagen unterwegs war. Andere gingen nach Phaleron oder anderen Küstenplätzen. Am Freitag nachmittag wurden drei bis vier heftige Gefechte zwischen Griechen und Ententetruppen in den Vorstädten von Athen geliefert. Sie begannen, als eine französische Truppenabteilung verlor, Waffen in der Genieskaserne zu beschlagnahmen, und dabei beschossen wurde. Das Feuer wurde von den Franzosen beantwortet, wobei ein griechischer Offizier getötet wurde.

## Die Verluste der norwegischen Flotte.

Kristiania, 4. Dezember. Meldung von Norsk Telegrammbureau. Die Dampfer „Harald“ und „Erich Lindoe“ wurden von deutschen U-Booten versenkt und die Besatzungen gelandet. Von Anfang des Krieges an bis Mitte November sind 242 norwegische Schiffe von zusammen 325415 Tonnen durch Kriegereignisse vernichtet worden, darunter 182 Dampfer von 281 628 Tonnen und 60 Segelschiffe von 43 787 Tonnen Gehalt. Die Schiffe waren für 145,7 Millionen Kronen versichert, von denen 142,4 Millionen auf die Dampfer entfallen. In den letzten drei Monaten sind 93 Schiffe von 145 295 Tonnen, die mit 97,5 Millionen Kronen versichert waren, vernichtet worden, nämlich im September 25, im Oktober 32, im November 36 Schiffe.

## Der bulgarische Kriegsbericht.

Vormarsch in der Walachei. — Satisföj besetzt. — Constanza beschossen.

Sofia, 4. Dezember. Amtlicher Bericht vom 4. Dezember. Rumänische Front. In der Walachei dauert der Vormarsch an. Der Feind versuchte unseren rechten Flügel anzugreifen, wurde aber zurückgeworfen. An der Donau zwischen Lutran und Cernaboda Artillerie- und Infanteriefeuer. In der Dobrubtscha Artillerietätigkeit an der ganzen Front. Nach dem völligen Scheitern der feindlichen Angriffe, die in den drei letzten Tagen gegen unseren linken Flügel zwischen Satisföj und der Donau gerichtet wurden, zog sich der Gegner heute endgültig in seine alten Stellungen zurück. Unsere vorgeschobenen Abteilungen besetzten Satisföj. Die einblinden Verluste sind sehr schwer. Allein vor der Höhe 234 zählten wir 600 feindliche Leichen. Wir nahmen 80 Soldaten gefangen und erbeuteten vier Maschinengewehre.

An der Front am Schwarzen Meere beschossen zwei Kriegsschiffe Constanza; Menschen fielen der Beschichtung nicht zum Opfer.

Mazedonische Front. Der Feind eröffnete sehr heftiges Artilleriefeuer gegen die Höhen nordwestlich von Bitolja. Im Cernabogen schwache Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Westlich von der Cerna sehr heftiges Artilleriefeuer. An der Front zu beiden Seiten des Bardar schwaches Geschützfeuer. An der Front der Belasiza Planina Ruhe. An der Struma zeitweilig Artillerie- und Patrouillegefechte.

# Der Feldzug in der Dobrudscha.

## Der Vormarsch.

Aus dem Hauptquartier des Generalfeldmarschalls v. Mackensen wird uns geschrieben:

Rumäniens Kriegserklärung sollte Rußland das Tor nach Konstantinopel öffnen. Aus der südwärts gerichteten Füllhorngestalt der Dobrudscha sollten sich, ungehindert durch den Wasserlauf der Donau, die rumänischen, russischen, serbischen Divisionen auf das bulgarische Küstenland ergießen. Rumänien schloß sich seines Erfolges und der Kraft seiner Verbündeten so sicher, daß es sich mit seiner Hauptmacht zunächst der siebenbürgischen Beute zu bemächtigen suchte. Einer aus 4 rumänischen, 1 russischen und 1 serbischen Division gebildeten wohlausgerüsteten Armee fiel die Aufgabe zu, Bulgarien von der Dobrudscha aus anzufallen. Weitere Divisionen sollten aus Rußland und je nach Lage aus Siebenbürgen in Hilfe nachgeschoben werden.

Am 27. August, abends 10 Uhr, erklärte Rumänien Oesterreich-Ungarn den Krieg. Am folgenden Tage übernahm Generalfeldmarschall v. Mackensen den Oberbefehl über die deutschen, bulgarischen, österreichisch-ungarischen und osmanischen Truppen an der Donau und an der Dobrudschagrenze. Die verbündeten Heeresleitungen hatten längst mit dem Eingreifen Rumäniens gerechnet und ihre Vorbereitungen getroffen. Gleichwohl lastete die Verantwortung einer schweren Aufgabe auf der Führung der neugebildeten Heeresgruppe. An Zahl weit unterlegenen eigenen Verbänden stand ein Gegner gegenüber, der sich sorgsam vorbereitet und ausgefahret hatte und sich dabei ohne Lehrgeld einbüße die Erfahrungen zweier Kriegsjahre nutzbar machen konnte. Aber auch von Rußland waren große Kräfteanstrengungen zu erwarten. Nur eine Ueberlegenheit der Führung und ein restloser Opfermut der Truppe vermochten das Mißverhältnis an früheren Nachmitteln auszugleichen.

Die zunächst zur Verfügung stehenden Verbände mußten auf die 700 Kilometer lange Front sorgsam verteilt werden. In äußerster Sparsamkeit war jeder Mann an seinen richtigen Platz zu stellen, in bedachter Voraussicht jede besonders gefährdete Stelle in genügender Stärke zu sichern. Größte Bedeutung kam der Aufklärung über den Feind zu. Unsere Pioniere wachten über der Donau, meldeten den Aufmarsch des Gegners, bereitgestellte Lähne, die Schanzarbeiten, den Wasserstand. Nachrichten aus anderen Quellen vervollständigten das Bild. Es ließ die Absicht unserer Führung, durch rasches, entschlossenes Handeln die Pläne des Gegners über den Haufen zu werfen, aussichtsreich erscheinen.

Das Hauptziel war, im Aufmarsch befindliche feindliche Teilkörper auf sich zu ziehen, zu schlagen und dadurch deren Ansammlung zu verhindern. Da die vorhandenen Truppen nicht ausreichten, um an der ganzen Dobrudschagrenze offensiv vorzugehen, beschränkte man sich darauf, auf dem rechten Flügel nach der Wegnahme von Dobric zunächst defensiv zu bleiben, um mit geringer Zahl in fester Stellung den erwarteten russischen Vorstoß an der Meeresküste abzuwehren. Der linke Flügel hatte durch beherrschtes Zugreifen zunächst die befestigten feindlichen Brückenköpfe an der Donau, Tutrakan und Silistria, die Ausfallspforten der rumänischen Offensive, in seine Gewalt zu bringen. Gelang das Lähne unterfangen, so standen in einer erheblich verkürzten Front die alsdann freigewordenen Verbände in der Flanke der feindlichen Hauptkräfte, die unterdessen bei Dobric in die Kämpfe mit unserer Defensivfront verwickelt waren.

Der Plan glückte rascher, als man erwarten konnte. Der Gegner hatte offenbar nicht mit einer Offensive von Bulgarien aus gerechnet und sich mit seinen Vorbereitungen Zeit gelassen. Am 1. September trat zwischen Bulgarien und Rumänien der Kriegszustand ein. Am gleichen Tage erging an die 3. bulgarische Armee der Befehl: Am 12. Uhr nachts gehen sämtliche Grenzposten auf feindliches Gebiet über und werfen die Grenzposten möglichst weit zurück. Der Vorstoß hat, um die Gefangenenzahl zu erhöhen, überraschend zu erfolgen. Ein Stimmwort von Einzelbefehlen setzte den Organismus in Bewegung. Am 2. September waren die feindlichen Vortruppen auf der ganzen Front zurückgeworfen. Die eigenen Verluste waren bei zumeist schwachem Widerstand des Gegners gering, die der Rumänen erheblich.

Heftiger waren die Kämpfe an der Küste, wo bulgarische Kavallerie ein rumänisches Regiment vernichtend schlug. Prompt, wie befohlen, wird die alte Bulgarenstadt Dobric, der Haupthandelsplatz der südlichen Dobrudscha, am 4. September erobert. Der eingiebelte Befestigung wird mit Jubelrufen und Blumen überschüttet. In den nördlich vorgelagerten Höhen graben sich alsdann beschließend die Truppen unseres rechten Flügels ein. Eine bulgarische Brigade hat sich hier in den folgenden Tagen der heftigsten Angriffe überlegener feindlicher Kolonnen zu



erwehren. Zum ersten Male stoßen dabei Bulgaren mit russischen Regimentern zusammen. Wenn der Russe etwa glaubte, daß sich der bulgarische Soldat ihm gegenüber nicht bewähre, ist er in diesen erbitterten Gefechten gründlich enttäuscht worden.

In den ersten Septembertagen traf bereits das erste Regiment der türkischen Divisionen ein, die Generalfeldmarschall Ender Pascha in waffenbrüderlicher Bereitschaft sofort nach Rumäniens Kriegserklärung zur Verfügung gestellt hatte. Es befanden sich darunter Regimenter, die bereits an den Dardanellen ihre Feuerfestigkeit erwiesen hatten. Mit ihrer guten Kleidung und Ausrüstung, ihrer disziplinierten Marschordnung machten sie einen vorzüglichen Eindruck. Sie waren mit Feldküchen und Kolonnen und allen sonstigen Bedürfnissen neuzeitig ausgestattet.

In raschem Vormarsch hatten unterdessen deutsche und bulgarische Kräfte die Donaustadt Tutrakan so fest umklammert, daß bereits am 5. September der Generalfeldmarschall angefohrt werden konnte. Am Abend dieses Tages war mit den Forts 2-9 die Hauptstellung genommen. Obwohl die an die Donau anschließende deutsche Abteilung im offenen Gelände vom Fluß her schwer unter feindlichem Feuer zu leiden hatte, hatte sie entschlossen jede Bankelmütigkeit des Gegners ausgenutzt, durch schnelles Heranrücken an seine Stellungen sein Selbstvertrauen erschüttert und während seines jeweiligen Zurückweichens eiligst die Artillerie nachgezogen. 41 Bataillone, 20 Batterien und 6 Eskadronen hatten diesem ungeheuren Ansturm der an Zahl unterlegenen deutschen und bulgarischen Bataillone nicht standzuhalten vermocht. Bevor die rumänische Heeresleitung zur Besinnung kam, war ihr der mit allen modernen Befestigungsmitteln ausgefahete Brückenkopf Tutrakan entglitten. Am Abend des 6. September rückten deutsche Kompagnien in die Festung ein. Eine schwere, blutige Niederlage des Feindes war mit ganz geringen eigenen Verlusten erfochten. Zwei rumänische Divisionen fielen unverwundet in unsere Hände, ein erheblicher Teil der rumänischen Offensivarmee war vernichtet. Unter den 28 000 Gefangenen befanden sich 400 Offiziere, darunter 3 Brigadegenerale. Von den 100 teilweise schweren Geschützen hatte allein ein deutsches Bataillon 15 mit stürmender Hand genommen.

Die Führung stand in den folgenden Tagen vor einer schweren Entscheidung. Bei Dobric versärfte sich die feindlichen Angriffe. Der rumänischen und russischen gefesselte eine serbische Division hinzu. Ein Mißerfolg auf dem rechten Flügel brachte den gesamten Offensivplan in Gefahr. Die Heeresgruppe war zu schwach, um den Defensivlinien bei Dobric genügende Stärke zu verleihen und gleichzeitig für eine Einschließung des weiter donauwärts gelegenen befestigten Brückenkopfes Silistria eine ausreichende Truppenzahl freizubekommen. Aber auch hier durchschien die Wehergier des Entschlusses und der Führung, der Wagemut der Truppen den Anoten. Es wird den in rascher Verfolgung nachgedrungenen Verbänden ein Handstreich auf Silistria befohlen. Ohne ernstlichen Widerstand ergibt sich die übermüdete Festung. Bereits am 9. September rückt eine deutsche Offizierspatrouille in die Stadt ein. Wiederum werden zahlreiche Geschütze und viele Kriegsgeschäftsarten erbeutet.

Mit der Wegnahme von Silistria ist die Donau als Verbändete gewonnen. Den linken Flügel schützt der breite Strom mit seinen sumpfigen Nebengewässern. Der rumänische Plan, von Tutrakan und Silistria aus gleichzeitig mit dem russischen Vorstoß nach Varna in Mittelbulgarien einzufallen, ist unterbunden. Der weitere Vormarsch kann sich seitwärts ungehindert, in frontaler Richtung der Eisenbahnlinie Constantza-Cernoboda zuwenden. Zwei bis drei rumänische Brigaden, die später bei Rahova über eine rasch geschlagene Pontonbrücke am bulgarischen Donauufer Fuß faßten, waren durch rasche, umsichtige Maßnahmen bereits von allen Seiten umschlossen, als eilige Flucht sie unter schweren Verlusten dem drohenden Verhängnis entzog.

## Feindliche Kriegsberichte.

Nach dem französischen Heeresbericht vom 4. Dezember eroberten östlich von der Cerna die Serben eine Höhe nördlich von Grunite. Der Feind zog sich in Unordnung auf Strabina zurück. Vom übrigen Teile der Front der Orientarmee sei kein wichtiges Ereignis zu melden.

Der russische Heeresbericht vom 4. Dezember meldet von der rumänischen Front: Nördlich des Troius griff der Feind unsere Truppen auf den neuerdings besetzten Höhen hartnäckig an, von denen wir zwei räumten. Südlich des Troius dauern die erbitterten Kämpfe an. Der Feind setzt hartnäckigen Widerstand entgegen. Im Oituz-Tal schlugen die Rumänen Angriffe des Feindes zurück. In der Richtung Piestesti-Targoviste weichen die Rumänen unter dem anhaltenden Druck des Feindes weiter zurück. In der Richtung Alexandria-Vulareji und weiter südlich dauern die erbitterten Kämpfe fort. Der Feind, der hier zur Verteidigung übergegangen war und den Rückzug antrat, ergriff, nachdem er Verstärkungen erhalten hatte, die Offensive und es glückte ihm, sich des Dorfes Gradischte südlich von Vulareji zu bemächtigen. Südwestlich von Vulareji wurden rumänische Abteilungen, die hinter dem Feinde den Fluß überschritten hatten, angegriffen und zum Rückzug gezwungen. An der Donau wurden Wehrschiffe gewechselt. In der Dobrudscha wurden Versuche des Feindes anzugreifen durch Artillerie- und Infanteriefeuer angehalten.

## Farbige Arbeiter in Europa.

In der Unterhausdebatte vom 21. November wurden an den Ministerpräsidenten und den Kriegsminister Fragen über die Heranziehung schwarzer Arbeiter gerichtet. Auf eine Frage des Liberalen Pringle erwiderte Asquith, daß verschiedene Regierungsabteilungen die Frage der Einfuhr farbiger Arbeiter aus Südafrika von allen Seiten studieren. Pringle hatte gefragt, ob man Schwarze als Bauarbeiter beschäftigen wolle und ob nicht schon Farbige in England angekommen und an der Arbeit seien.

Lloyd George besprach im Anschluß an Mitteilungen über die Beschäftigung Kriegsgefangener gleichfalls die Frage der farbigen Arbeiter. Er erklärte, daß die Absicht bestehe, diese bei der Verleubarbeit in den französischen Häfen und womöglich auch an der britischen Basis zu beschäftigen, um Soldaten für die Front freizubekommen.

Die „Times“ behauptet, daß sich die organisierte Arbeiterschaft der Einfuhr farbiger Arbeiter für diese Zwecke (d. h. für die Arbeit in Frankreich) nicht widersetze. Doch im Fall der Ausdehnung auf England würden die Gewerkschaftsführer eine Konferenz fordern, um den Beweis zu erhalten, daß es sich um Kriegsnotwendigkeiten handle.

Charakteristisch ist folgende Mitteilung der „Times“: „Manche Reeder sind der Meinung, daß die Verwendung der Ein-

geborenen aus dem Reichgebiet nicht auf die jetzige Krisis beschränkt bleiben solle. Einer von ihnen sagte einem unserer Redakteure, daß die Admiralität zu tadeln sei, weil sie die Leistungsfähigkeit der britischen Marine durch die vom Matrosen- und Heizerverband gehegte Ausschließung der asiatischen Heizer beschränke. Er erklärte, daß diese Leute weit bessere Heizer seien als die Europäer, daß infolge der minderwertigen Heizung eine Fahrt länger dauere und daß darum von der Regierung mehr Schiffe als notwendig auf Kosten des Handels in Lebensmitteln und anderen notwendigen Artikeln abgefordert würden.

Der sehr offen ausgesprochene Wunsch, die Beschäftigung fremdarbeitiger Arbeiter in England zu einer dauernden Einrichtung zu machen, zeigt den englischen Arbeitern, wohin die Fahrt geht. Die Leistungsfähigkeit der britischen Industrie wird der Vorwand sein, immer mehr Farbige kommen zu lassen, die, wenn nicht bessere, so doch sicher billigere Arbeiter sind. Die „Nation“ warnt denn auch schon vor einer Entwicklung Europas, die Zustände des römischen Altertums mit einer Staatsfabrik kombinieren würde.

Manchester, 1. Dezember. (W. T. B.) Wie „Manchester Guardian“ meldet, hat die Arbeiterpartei den Plan, farbige Arbeiter nach England einzuführen, entschieden verworfen. Man dürfe also diesen Gedanken als erledigt betrachten, obwohl die Regierung sich noch nicht förmlich davon losgesagt habe.

## Der Seekrieg.

Berfenkt. Nach Loyds Meldung wurden berfenkt die Dampfer „Gitterog“ und „Erich Lindoe“, der griechische Dampfer „Demetrios Ingleffis“, das französische Segelboot „Therese“, der norwegische Dampfer „Skjoldulf“ (Kapitän und Besatzung gefangen), die englischen Goeletten „Grace“ und „Seeler“, der dänische Dampfer „Jria“ (Besatzung der beiden Dampfer gefangen), der britische Dampfer „King Bleddin“ (4387 Brutto-Reg.-Z.). Von der Besatzung des schon früher als berfenkt gemeldeten Dampfers „Nagatamaru“ sind durch Geschützfeuer 5 Personen getötet und 5 verwundet worden. Der holländische Dampfer „Kordiri“, der vor einiger Zeit auf der Reise nach Marseille berfenkt wurde, hatte eine Ladung Jucker für Frankreich an Bord. „Tempo“ meldet: Der norwegische Dampfer „Voffi“ (1402 Tonnen), mit Grubenholz beladen, der englische Dampfer „Roeraki“ und die französische Goelette „Robinson“ wurden berfenkt. (Besatzungen alle gerettet.) Ferner meldet das Blatt aus West: Der englische Dampfer „Eggesford“ (4414 Tonnen) wurde von einem U-Boot angegriffen und schwer beschädigt, konnte jedoch im Schlepptau in ein Trockendock verbracht werden. Loyds meldet: Der norwegische Dampfer „Drantner“ soll berfenkt worden sein.

## Letzte Nachrichten.

### Die „Norddeutsche“ auf dem Rückzug.

Wie W. T. B. meldet bringt die heute morgen erscheinende „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgende Entschuldigung: „Unser gestriger Artikel über Sozialpolitik im Hilfsdienstgesetz hat von einer Seite eine Auslegung erfahren, die wir nicht unwidersprochen lassen können. Wir haben auf die schwierige Lage hingewiesen, die bei der dritten Lesung des Gesetzentwurfs zeitweise entstanden war, daß uns dabei die Möglichkeit vorgezeichnet hätte, als ob zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten die Bestimmungen, wie sie das Gesetz vorsah, ohne Mitwirkung des Reichstages hätten erlassen werden können, ist eine Vorstellung, die der Inhalt des Artikels in seinem Zusammenhange und besonders sein Schluß nicht zuläßt. Wir haben deutlich zum Ausdruck gebracht, wie unentbehrlich der Regierung das einmütige Zusammenwirken mit der Volksvertretung in dieser großen vaterländischen Sache wie bei allen Aufgaben, die der Krieg stellt, gewesen ist und bleibt.“

Der Inhalt des Artikels war eindeutig. Warum er jetzt ungedeutet wird, darüber wird noch ein Wort zu reden sein.

### Asquith gegen Diktatur.

Rotterdam, 5. Dezember. (W. T. B.) Einem hiesigen Blatt zufolge gibt der Parlamentskorrespondent der „Daily News“ folgende Schilderung der geistigen Sitzung des Unterhauses. Der Premierminister wurde, als er in das Haus eintrat, von den Liberalen mit lautem Beifall begrüßt. Auch Carson wurde beifällig begrüßt, als er sich erhob, um eine Frage zu stellen, Donar Law wurde ruhiger empfangen. Lloyd George war nicht anwesend. Dillon erinnerte Asquith daran, daß schon in der letzten Woche versprochen gewesen sei, den Namen des Lebensmitteldiktators bekanntzugeben. Er fragte, warum das immer noch nicht geschehen sei. Asquith antwortete mit der Frage, wieso der Abgeordnete dazu komme, von einem Lebensmitteldiktator zu sprechen? Es gebe keine solche Person und es habe etwas Derartiges nie gegeben. Er sei gegen das Wort Diktator. Diese Bemerkung löste einen Sturm von Beifall aus. Sodann gab Asquith seine bereits gemeldete Erklärung über die Umbildung der Regierung ab.

### Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 5. Dezember. Der bulgarische Heeresbericht vom 5. Dezember meldet von der rumänischen Front: In der Walachei haben die verbündeten Truppen die rumänischen Truppen am Argos geschlagen. Längs der Donau und bei Tutrakan Infanterie- und Maschinengewehrfeuer. Bei Cernoboda Artilleriefeuer. In der Dobrudscha Artilleriefeuer mit Unterbrechung und Gefechte zwischen Patrouillen. Der Feind verschanzt sich und sieht Drahtneze.

### Präsident Wilson über den Weltfrieden.

Basel, 5. Dezember. „Havas“ meldet aus New York: Wilson erklärte bei Einrichtung der Beleuchtung in der Freiheitsstatue bei New York in einer Ansprache: Nach meiner Meinung kann die Freiheit der Welt allein der Frieden bringen. Bei aller Achtung vor anderen Regierungsformen ist es mir vielleicht gestattet zu sagen, daß der Frieden unmöglich sein wird, solange die Geschicke der Menschen von einer kleinen Gruppe von Personen bestimmt werden, die ihnen ihren eigenen Willen aufzwingen können. („Frkf. Ztg.“)

### Freilassung gefangener Südafrikaner.

Daag, 5. Dezember. Wie die „Times“ vom 27. November aus Johannesburg meldet, hat Lord Buxton die Freilassung von 19 Rebellen verfahrensweise angeordnet; unter ihnen befinden sich General Kemp und General Wessels, Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft und von Serfontein. („Frkf. Ztg.“)

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Einmütige Entschliessung der Privatangestellten zur Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes.

Es wird uns geschrieben:

Die in den drei Arbeitervereinigungen der Angestelltenorganisationen vereinigten kaufmännischen und technischen Angestelltenverbände waren am 2. Dezember auf Einladung des Hansabundes zu einer gemeinschaftlichen Versammlung, die unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Geheimrat Prof. Kieher stattfand, zusammengetreten, um die Durchführung des Vaterländischen Hilfsdienstes zu erörtern.

Einmütig in der Anerkennung der Notwendigkeit des gerade in der Stunde ihrer Zusammenkunft vom Reichstage verabschiedeten Gesetzes erklärten die Erschienenen namens ihrer Verbände, welche die gesamte deutsche Privatbeamtenchaft repräsentieren, in patriotischer Opferwilligkeit ihre weitgehendste Mitarbeit bei der Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung zu stellen.

Indem die Angestelltenverbände ihre bereits dem Reichstage zur Kenntnis gebrachten Wünsche wiederholten, erklärten sie unter Zustimmung zu dem Bericht des Regierungsrats Prof. Dr. Leidig es weiterhin als dringend notwendig, daß schon bei der freiwilligen Ueberführung der Angestellten in die Kriegswirtschaft die Mitwirkung der Stellennachweise vom Kriegsgam in umfangreichster Weise in Anspruch genommen werde.

Die Organisation der Ausschüsse in den Fällen der §§ 5 und 7 des Gesetzes müßte derart geformt sein, daß die Arbeitnehmervertreter erhalten. Dadurch allein würde die Möglichkeit geschaffen, daß für jeden einzelnen Fall der der betreffenden Berufsgruppe angehörige Vertreter, sei es als ordentlicher Vertreter oder als dessen Ersatzmann, zu der Entscheidung des Ausschusses herangezogen wird, so daß über Angestellte auch nur Angestellte als Richter urteilen.

Die Versammlung war einmütig der Auffassung, daß der ausreichende Unterhalt, der als Arbeitslohn den im Vaterländischen Hilfsdienst beschäftigten Angestellten gewährt werden soll, der handesgemäße Unterhalt sein muß.

Die Ausdehnung der Tätigkeit der Kriegsbildungsstellen über den selbständigen Mittelstand hinaus auf die Angestellten, sei es, daß sie im Kriegsdienst, sei es, daß sie im Vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, erschien den Versammelten dringend erwünscht.

## Die neuen Teuerungszulagen der in Buchdruckereien und Geschäftsbuchfabriken beschäftigten Buchbinder.

Das Abkommen über die neuen Teuerungszulagen, das am 11. November zwischen dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer und den Vertretern des Buchbinderverbandes für dessen in Betracht kommende männliche und weibliche Mitglieder getroffen worden war, hatte bekanntlich nicht die Zustimmung einer Versammlung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen gefunden. Es mußte nun aufs neue verhandelt werden.

Ueber das Resultat berichtete Käger am Montag in einer zahlreich von Gehilfen und Arbeiterinnen besuchten Branchenversammlung. Bei den Verhandlungen konnte in den grundlegenden Punkten mehr wie am 11. November nicht herausgeholt werden. Immerhin wurde für Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen erzielt, daß die Höchstgrenze ihres nach dem Monatsdurchschnitt zu berechnenden Verdienstes, bis zu der auch den Affordarbeitern und Affordarbeiterinnen die Teuerungszulage zusteht, hinausgehoben wurde. — Es bleibt dabei, daß die im Mai 1916 vereinbarten monatlichen Teuerungszulagen der Gehilfen um 75 Proz. erhöht werden. Ferner erhalten Arbeiterinnen im Wochenlohn an monatlicher Teuerungszulage jetzt: die geübten 10,50 M., die ungeübten 7 M.

Für die Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen lautet die Abmachung nach der neuesten, jetzt erzielten Fassung folgendermaßen: Affordarbeiter, die im Monatsdurchschnitt, der gereinigten Arbeitszeit entsprechend, nicht mehr als 85 Pf. pro Stunde verdienen haben, erhalten denjenigen Teuerungszuschlag, der sich auf die betreffende Klasse der Lohnarbeiter bezieht, mindestens jedoch Verzehrfache monatlich 7 M., Ledige monatlich 3,50 M. — Affordarbeiterinnen, die im Monatsdurchschnitt, zu vier Wochen gerechnet, nicht mehr als 25 M. pro Woche verdienen haben, erhalten den Teuerungszuschlag von 10,50 M. monatlich gleichfalls.

Die hier mitgeteilten Abmachungen für die Affordarbeiter und Affordarbeiterinnen gelten, da erst nachträglich in dieser Fassung festgesetzt, ab 1. Dezember. Die anderen Abmachungen über die Teuerungszulagen gelten ab 1. Oktober.

Bezüglich der Kinderzulagen und des zehnprozentigen Aufschlags auf die tariflichen Affordlöhne für Handlizarbeiten ist es bei der Abmachung vom November geblieben.

Für Arbeiter an Maschinen soll an zuständiger Stelle die Nahrungsmittelzulage (Kartoffel, Brot, Fleisch, Fett) für Schwerarbeiter beantragt werden.

Auf Grund der Diskussion konnte der Vorsitzende schließlich feststellen, daß diesmal die Versammlung mit den Abmachungen einverstanden ist. Ihre Unterzeichnung durch die Organisationsvertreter wird nunmehr erfolgen.

## Frauenarbeit im Steindruckgewerbe.

Weit über ein Jahrzehnt bemüht sich der Verband der Lithographen und Steinbräuer, im Steindruckgewerbe zu einer tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu gelangen. Vergeblich. Mit Ausnahme einer größeren Minderheit der Unternehmer prallten alle derartigen Versuche bei ihnen wirkungslos ab. Selbst die Kriegszeit vermochte sie nicht zu einer anderen Haltung zu bewegen. Weder in der Fürsorge für die Arbeitslosen am Anfang des Krieges, noch für die Kriegsbeschädigten gelang es, mit ihnen zu einer Verständigung zu kommen. Was in anderen dem Gehilfenverbände gleichfalls angeschlossenen Berufen erreicht wurde, blieb im Steindruckgewerbe ohne Erfolg.

Während die Unternehmer im Steindruckgewerbe den Gehilfen noch immer jedes Entgegenkommen verweigern, liegen sie förmlich auf der Lauer, um sofort jedes Zugeständnis, das die Gehilfen den tarifstreuen Unternehmern machen, für sich auszunutzen. Im Chemigraphiegewerbe besteht seit dem Jahre 1903 ein gut ausgebautes Tarif. Kaum hatte dort das Tarifamt wegen Mangel an Arbeitskräften beschlossen, Frauen für den Beruf zuzulassen, sofort fanden sich Steindruckunternehmer, um für sich das gleiche Recht in Anspruch zu nehmen. Während aber jene sich verpflichteten, in jedem Einzelfall die gewünschte Vertreter der beiden Parteien über die Notwendigkeit der Einstellung von Frauen entscheiden zu lassen, machten sich diese an, ganz willkürlich und allein darüber zu befinden. In der Chemigraphie sind peinliche Bestimmungen über die Bedingungen der Einstellung weiblicher Arbeitskräfte festgesetzt worden. Nichts von alledem in der Steindruckerei. Es ist Gefahr vorhanden, daß die Einstellung der weiblichen Arbeitskräfte hier nur zu Lohnrückgängen dienen wird. Es ist freilich nicht das erste Mal, daß derartige Anforderungen durch die Steindruckunternehmer vorfallen. Bei der Lohnbewegung im Jahre 1911 forderten die Steinbräuer die 8½stündige Arbeitszeit. Weil aber die Buchdrucker in ihrer Tarifrevision mit der 8stündigen (bei durchgehender Arbeitszeit 8½stündigen) wöchentlichen Arbeitszeit einverstanden waren, bestanden auch die Steindruckunternehmer mit Hinweis auf die Buchdrucker auf die 8stündige Arbeitszeit, allerdings ohne Berücksichtigung der Verfürgung bei durchgehender Arbeitszeit. Während des Krieges wiederholte sich ein gleicher Vorgang.

bei der Regelung der Zahl der einzustellenden Lehrlinge. Was die Gehilfenvertreter der Chemigraphie mit guten Gründen den Unternehmern, in einem nach dem Kriege zweifellos wieder aufblühenden Gewerbe, zugestehen konnten, das wollten auch die Steindruckunternehmer sofort für sich in Anspruch nehmen. Glücklicherweise blieb ihnen diesmal der Erfolg verjagt, und zwar insofern, als die Frauen sich den an sie gestellten Anforderungen der Männerarbeit nicht gewachsen zeigten. Die Unternehmer mußten daher auf die Einstellung der Frauen für Männerarbeit verzichten, da sie nach ihren eigenen Angaben nicht auf ihre Kosten gekommen wären.

Gegen ein solches Verhalten mußten sich aber auch die Gehilfen mit Recht energisch zur Wehr setzen. Wer die Gehilfen sonst nicht als gleichberechtigten Faktor anerkennt, kann auch in dieser Frage von ihnen kein Entgegenkommen erwarten.

## Ausland.

### Textilarbeiterstreik in Turin.

Bern, 5. Dezember. W. T. S. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ aus Turin haben die Baumwollarbeiter den Generalstreik erklärt, 6000 Arbeiter sind in den Ausstand getreten.

## Aus Industrie und Handel.

### Papiergarn.

Aus der Not des Mangels an den bisher gebrauchten Webfasern hat sich eine neue Industrie, die Papiergarnindustrie, entwickelt, die bereits für die Heeresverwaltung große Lieferungen übernommen hat und von der erwartet wird, daß sie sich auch nach Friedensschluß behaupten und Deutschland von dem Ausland, besonders von Indien, als dem Hauptproduktionsland von Jute, unabhängiger machen wird. Ueber das technische Verfahren schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Der wichtigste Halbstoff für die neuen Gespinste ist die Natronzellulose, von der wir ursprünglich vorwiegend ausländisches, zuletzt auch deutsches Erzeugnis verarbeitet, neuerdings auch gemischt mit der uns geläufigeren Sulfitzellulose. Streifenweidemaschinen, heute die gebräuchlichsten, seit nur in Darmstadt und Düsseldorf fabrizierten Apparate, zerteilen die Papierbahn; Imprägnierungen und Verfahren zur Erhöhung der Reißfestigkeit sind in Anwendung. Die Streifen werden auf eigens konstruierten Papierspinnmaschinen gesponnen, aber auch vielfach auf vorhandenen Textilspinnmaschinen, wozu sich am leichtesten die Jute- und Baumwollspinnmaschinen eignen; jünger ist aber gerade die Baumwollindustrie mit großem Erfolge an die Umstellung herangegangen und hat sich an mehreren Neugründungen beteiligt, nachdem die Juteindustrie bereits seit langem auf verbandsmäßiger Grundlage ziemlich allgemein den neuen Zweig im Großen betreibt. Das gilt besonders für die Mischgespinste und Mischgewebe, die in der ersten Zeit ausschließlich hergestellt wurden, aber in immer größerem Verhältnis durch das reine Papierverfahren ersetzt werden sollen, weil die Restbestände an Pflanzenfasern, abgesehen etwa vom reichlicher geernteten Flach, auch für andere Heereszwecke dienen müssen. Bei den Mischverfahren verspinnt man das Papierband zur Erhöhung der Haltbarkeit gemeinsam mit Baumwollabfällen zu „Textilose“ nach dem Verfahren von Clavier-Adorf oder mit Flach und Juteabfall zu „Textilit“, welche Methode vom Cesterreicher Steinbräuer erfunden und von der deutschen Juteindustrie, so sehr sie im Frieden die natürliche Gegnerin der Ersatzstoffe war, in weitgehendem Maße aufgenommen worden ist. Neben diesen Mischgespinnten gibt es die Mischgewebe, bei denen die Fäden aus Papierfäden, der Schuß aus Naturfaser ist oder umgekehrt. Verschiedene Gruppen herausgebildet, indem die erfolgreichsten ersten Unternehmer ihre Erfahrungen einer steigenden Anzahl von neuen Interessenten überließen.“

In Rünchen-Glodbach hat sich bereits ein Markt für Papiergarn entwickelt. Es ist möglich, daß durch die neue Industrie eine Verringerung der Papiervorräte und eine Steigerung der Preise erfolgt.

### Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

In der gestrigen Generalversammlung der Aktienbrauerei Friedrichshain ist der Kauf der Bierbrauerei Hilsbein beschlossen worden, in der Generalversammlung der Brauerei Hilsbein wurde dem Angebot zugestimmt. Die Aktien der Brauerei Hilsbein wurden mit 85 Proz. bewertet. In der Generalversammlung der Aktienbrauerei Friedrichshain wurde betont, daß großer Wert auf das Brauontingent der Brauerei Hilsbein — ungefähr 20000 Zentner Malz — gelegt werde, und das um so mehr, als auch in den ersten Friedensjahren die Brauontingentierung fortbestehen dürfte. Der Betrieb der Brauerei Hilsbein wird aufgelöst, der Brauereibetrieb der Hilsbeinbrauerei soll gegen einen den Zinsen dienst übersteigenden Mietbetrag zum Betrieb einer Malzfabrik an ein Konsortium verpachtet werden, bestehend aus der Schultheiß-Brauerei, der Papenhofer Brauerei, der Schöneberger Schloßbrauerei und der Berliner Kindlbrauerei. In der Generalversammlung der Hilsbein-Brauerei machte der Konjul Marx als Vertreter der Engelhardt-Brauerei ein höheres Angebot. Er wollte die Aktien mit 75 Proz. bezahlen. Die Generalversammlung war aber von den Interessenten der Aktienbrauerei Friedrichshain vollkommen beherrscht und nahm ohne Rücksicht auf die nicht vertretenen unabhängigen Aktionäre das Angebot der Brauerei Friedrichshain an.

Die Theater- und Saalbau A.-G., die eine Gründung des verstorbenen Fürstentumers ist, hat für das abgelassene Geschäftsjahr eine Erhöhung ihres Verlustvortrages um 1082 M. auf 581 927 M. verbucht. Die Hotelgesellschaft Czeltior wurde zum Zweckwert abgestoßen, das Theater am Rollendorfsplatz und der Mozartsaal sind auf mehrere Jahre verpachtet.

### Reichsbank und Devisenregulierung.

Der Reichsbankausweis vom 30. November bietet folgendes Bild:

1915	Gegen die Vorwoche	Aktiva in 1000 M.	1916	Gegen die Vorwoche
2 472 562	+ 887	Metallbestand	2 534 945	+ 428
2 435 254	+ 500	Davon Gold	2 518 488	+ 257
668 621	+ 111 876	Kassenscheine	315 832	+ 33 934
9 154	+ 11 180	Noten anderer Banken	2 838	+ 10 095
4 671 790	+ 4 996	Wechsel, Schecks u. Schab-anweisungen	8 075 687	+ 307 882
15 748	+ 3 094	Lombarddarlehen	12 408	+ 1 682
84 684	+ 3 211	Effektenbestand	75 482	+ 8 691
269 589	+ 9 128	Sonstige Aktiva	674 938	+ 6 970
		Passiva in 1000 M.		
180 000	(unver.)	Grundkapital	180 000	(unver.)
80 550	(unver.)	Reservefonds	85 471	(unver.)
5 989 412	+ 234 544	Notenumlauf	7 383 660	+ 206 644
1 587 847	+ 185 500	Depositen	3 661 917	+ 511 949
294 319	+ 2 940	Sonstige Passiva	431 082	+ 20 143

Die Golddeckung des Notenumlaufes beträgt 34 Proz., der gesamten täglich fälligen Verbindlichkeiten (Notenumlauf und Depositen) 23,6 Proz.

Trotz der Goldmangels hat der Goldbestand nur eine unwesentliche Vermehrung erfahren, offenbar, weil die Reichsbank Gold zur Deckung von Verbindlichkeiten ans Ausland abgeben hat, damit die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln und ihr Preis nicht mehr gesteigert werden.

Die Kauffe in ausländischen Zahlungsmitteln ist am 5. Dezember zu einem Stillstand gekommen, der offensichtlich von Dauer sein wird. Die Parität mit der im Ausland erfolgten Notierung der Reichsmark ist allerdings noch nicht erreicht. Nur der Kurs der österreichischen Krone ist weiter um eine halbe Mark gesunken. Der Notenumlauf hat trotz der Propaganda für den bargeldlosen Zahlungsverkehr eine Steigerung von 200 Millionen Mark erfahren; außerdem sind 168,9 Millionen Mark Darlehensausweise dem Verkehr übergeben worden.

## Die Elektrifizierung Württembergs.

Die Vereinigungen württembergischer Elektrotechniker und Ingenieure beschäftigen sich auf einer Versammlung in Stuttgart mit dem Plane einer Vereinheitlichung der gesamten Erzeugung elektrischer Kraft in Württemberg. Zurzeit sind in Württemberg 273 selbständige Elektrizitätswerke vorhanden. Als Nachteile dieser Zersplitterung wurde das wesentlich kostspieligere Arbeiten kleinerer Betriebe bei Kraftanlagen, das vorzugsweise Arbeiten mit Dampf wegen der großen Kosten der Wasserkraftanlagen und das bisherige Unnützlichwerden von noch etwa 60 000 Pferdekraften sowie die sehr unvollkommene Ausnutzung der vorhandenen Maschinen angeführt, wozu als Folge dieser Nachteile ein verhältnismäßig hoher Erzeugungs- und somit auch Bezugspreis der elektrischen Kraft kommt. Nach dem Kriege werde ein erhöhtes Bedürfnis nach Ertrag der teuren Menschenkraft durch Maschinen und damit eine Steigerung des Bedarfs an elektrischer Kraft auf mindestens das Dreifache erwartet. Daraus wurde die Notwendigkeit gefolgert, die Erzeugung elektrischer Kraft für ganz Württemberg umzugestalten und zusammenzufassen. Es wurde ein allgemeiner Entwurf vorgelegt, in dem acht Mittelpunkte (Reilbronn, Ellwangen, Göppingen, Ulm, Aulendorf, Kottweil, Tübingen, Stuttgart) vorgezeichnet sind, von denen aus ganz Württemberg und Hohenzollern durch Hochspannungsstrom von 100 000 Volt mit Elektrizität versehen werden könnten. An drei Stellen sind Verbindungsleitungen zu etwaigem Ausgleich mit zwei badiischen und einem bayerischen Werk angenommen. Die Kosten der ganzen Anlage, einschließlich Erwerbung der vorhandenen Werke, sind auf 100 Millionen Mark veranschlagt, wozu 54 Millionen auf Wasserkraftanlagen, 27,6 Millionen auf Dampfmaschinen und der Rest auf Spannungsänderer, Hochspannungsleitungen, Fernsprechanlagen und Gleichrichter kämen. Bei Annahme eines Bedarfs von 400 Millionen Kilowattstunden im Jahr ist ein Betriebsüberschuss von 8 Millionen Mark und damit eine Verzinsung von etwa 6 Proz. berechnet. Die Mitwirkung des Staates wurde für die Durchführung der Sache als erforderlich bezeichnet; der Gehalt eines Staatsmonopols wurde abgewiesen; als die für die württembergischen Verhältnisse günstigste Lösung wurde ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen von Staat, Gemeinden und Privaten empfohlen.

Teueres Geld in den Vereinigten Staaten. Die schon erwähnte Geldteuerung in den Vereinigten Staaten hält an. An der New-Yorker Montagbörse wurde als der Durchschnittspreis für tägliches Geld 6 Proz., für den Börsenschluss gar 7 Proz. notiert. Die Bankausweise zeigen eine stark gespannte Kreditanpannung. Die Börse war unter Einfluß der unbefriedigenden Geldverhältnisse flau. Die Aufnahme von Anleihen durch die Bundesstaaten wird dadurch verteuert und erschwert.

## Aus der Partei.

Potsdam-Spandau-Cthavelland. Die uns berichtend mitgeteilt wird, sind in der Kreisgeneralversammlung bei der Abstimmung über die Frage, ob ein Kandidat der Mehrheit oder der Opposition aufgestellt werden solle, nicht 14, sondern 15 Stimmen für die Mehrheit abgegeben worden. Bei der Wahl der Kandidaten wurde ein Zettel unbefriedigt abgegeben.

## Berichtszeitung.

### „Schön war das nicht, Herr Meyer.“

Mit diesen Worten kennzeichnete ein Arbeiterbeisitzer der Kammer 2 des Gewerbegerichts das den Gegenstand der Verhandlung bildende Verhalten des Beklagten Meyer, der Inhaber eines Fuhrwerks ist. Nach dem in der Hauptphase nicht bestrittenen Vortrag des Klägers ist seine Tochter am 1. April als Lehrmädchen in das Geschäft des Beklagten eingetreten. Es wurde mündlich vereinbart, daß das Lehrverhältnis zwei Jahre dauern, die ersten vier Wochen als Probezeit gelten, das Lehrmädchen in den ersten sechs Monaten nichts und in der Folgezeit monatlich 10 M. erhalten sollte. Die Abschließung eines schriftlichen Lehrvertrags wurde in Aussicht gestellt, aber vom Beklagten nicht erfüllt. Anfang September sprach die Mutter des Lehrmädchens beim Beklagten vor und ersuchte um Ausfertigung des schriftlichen Vertrags. Die Mutter wurde auch jetzt noch vertröstet, jedoch sagten bei dieser Gelegenheit Herr und Frau Meyer, daß sie mit dem Lehrmädchen zufrieden seien. Hierdurch beruhigt, drängte die Mutter nicht weiter auf den Abschluß des schriftlichen Vertrags. Doch bald darauf hatte sie Veranlassung, dieses Veräumnis zu bereuen. Ende September, also genau nach Ablauf der sechs Monate, für welche das Lehrmädchen keine Zahlung zu beanspruchen hatte und der Zeitpunkt eintrat wo sie monatlich 10 M. erhalten sollte, wurde sie entlassen mit der Angabe, sie eigne sich nicht für das Fuhrfach.

Auf die vom Kläger geforderte Fortsetzung des Lehrverhältnisses wollte sich der Beklagte nicht einlassen. Auch die Zahlung einer Entschädigung an die Entlassene lehnte der Beklagte ganz entschieden ab. Er berief sich darauf, daß ja das Gesetz verlangt, Lehrverträge müssen schriftlich abgeschlossen werden. Da ein schriftlicher Vertrag nicht abgeschlossen sei, habe er, der Beklagte, keine Verpflichtung gegenüber dem entlassenen Mädchen.

Diesen Standpunkt des Beklagten kennzeichnete der Vorsitzende mit den Worten: Es ist weder moralisch noch entspricht es den guten Sitten, daß Sie sich auf das Fehlen der vorgeschriebenen Vertragsform berufen, welches Sie selbst herbeigeführt haben.

Vater und Mutter des entlassenen Lehrmädchens betriefen darauf, daß ihre Tochter in den nächsten Monaten, die für das Fuhrfach die stille Zeit seien, keine Möglichkeit habe, die Lehre in einem anderen Geschäft fortzusetzen. Deshalb wollten sie vom Beklagten eine angemessene Entschädigung haben. — Eine solche konnte ihnen aber, da ein schriftlicher Lehrvertrag nicht abgeschlossen war, durch Urteil nicht zugesprochen werden. Deshalb begnügten sie sich mit einer Abfindung von 25 M., die ihnen der Beklagte nach langem Sträuben im Vergleichsweg zahlte.

## Eingegangene Druckschriften.

Universal-Bibliothek 1861—1863: Als Kabarettreiwiller nach Frankreich 1815. Von H. Klerks. — 5864: Kabarett. Von G. H. Kruse. — 5865: Die Entgleiten und andere Romane von A. Trinius. — 5866—5869: Kriegsgeheimnisse des Deutschen Reiches. 4. Bdt. Herausgegeben von R. Bammer. — 5870: Meine fixe Idee. Von Max Wählgren. — 5871: Gedichte von A. Steier. — 5872: Das rote Kreuz. Dargestellt von Dr. B. Borstke. — 5873: Sebastian. Tragödie von G. Gaud. — 5874: Gänzung der Stürmer. Wittenfeer Kriegsgeheimnisse von G. F. Gerhard. — 5875: Das deutsche Zeitungswesen. Von E. Feldhaus. — 5876—5880: Die ewige Samach: Gesehroman von Erica Grube-Decher. — 5881: Des Königs Befehl. Lustspiel von E. Koepfer. — 5882: Ledige Mütter. Lustspiel von G. Joder. — Einzelnummer geb. 20 Pf. — P. Reclam, Leipzig.

Jubeljahr. Von H. Bonfeld. 5 M., geb. 6,50 M. — Ratten u. Soening, Frankfurt a. M.

Programm und Organisation einer Heilschule für Kriegsbeschädigte. Von R. Bachmeier. 1 M. — E. Marhold, Halle a. S.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Anträge zur Ernährungsfrage.

Die Erörterung der Anträge zur Ernährungsfrage, die das preussische Abgeordnetenhaus am Dienstag begann, bildete nur einen schwachen Widerhall der langwierigen Debatten, die vor einigen Wochen im Ausschuss und im Reichstag gepflogen sind.

Diese Rücksicht kam auch zum Ausdruck in den Ausführungen des Konserativen v. d. Osten, der als erster Redner in der Debatte das Wort ergriff, die Landwirte gegen den Vorwurf der Zurückhaltung von Lebensmitteln in Schutz nahm und davor warnte, daß man auf die Preise allzu viel Gewicht lege.

Aus den Reden der Abgg. Brust (Z.) und v. Campe (natl.) ging hervor, daß sie sich des Ernstes der Lage voll bewußt sind. Eine eigenartige Auffassung über das Wesen des Sozialismus trat dabei in den Worten des national-liberalen Redners zu Tage, der anscheinend den Unterschied zwischen dem von uns angestrebten Friedenssozialismus und dem Kriegsozialismus der herrschenden Kreise nicht begriffen hat.

Die Debatte wurde auf Mittwoch vertagt; auf der Rednerliste steht dann zunächst Genosse Braun.

Ein preussisches Bürgschaftsförderungsgesetz.

In dem Entwurf eines Wohnungsgesetzes war angeklagt worden, daß die Regierung abgesehen von den 20 Millionen Mark, die sie zur Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit verlangt, noch die Vereinfachung besonderer staatlicher Mittel zur Übernahme der Gewähr für zweite Hypotheken gemeinnütziger Bauvereine plant. Dieser Anklage hat sie nunmehr die Tat folgen lassen, sie hat den Entwurf eines Gesetzes über die staatliche Verbürgung zweiter Hypotheken, das sogenannte Bürgschaftsförderungsgesetz, eingebracht, das den Finanzminister ermächtigt, zwecks Förderung der Herstellung gesunder Kleinwohnungen die Bürgschaft für zweite Hypotheken namens des Staates zu übernehmen.

Die Regierung hat sich also zu der Erkenntnis durchgerungen, daß die Beschränkung der staatlichen Wohnungsfürsorge auf einen bestimmten Personenkreis nicht mehr der Bedeutung gerecht wird, die das Wohnungswesen für die Gesundheit der Nation nach den schweren Verlusten des Krieges gewonnen hat, sondern daß vielmehr alles daran gesetzt werden muß, damit unser Volk die ungeheure Einbuße an Kräften möglichst rasch wieder weit macht.

Organisation des Hilfsdienstes.

Nachdem der Bundesrat am Montag dem Gesekentwurf über den Vaterländischen Hilfsdienst zugestimmt hat, bleibt ihm noch übrig, die Ausführungsbestimmungen zu beschließen, worauf der Reichstagsausschuss zusammentreten wird, um an der Ausführung des Gesetzes mitzuwirken. In dem Ausschuss sind alle Parteien entsprechend ihrer Stärke vertreten: das Zentrum durch Spahn, Gröber und den Fabrikbesitzer Müller-Fulda, die Sozialdemokratische Fraktion durch den ersten und zweiten Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Legien und Bauer sowie durch den Parteivorsitzenden Ebert, die Nationalliberalen durch Wasserfmann und den Präsidenten des Hanfabundes Dr. Nieber, die Konserativen durch Graf Westarp und den Rittergutsbesitzer und Fabrikbesitzer Schiele, die Freisinnigen durch den Bergrat Gothein und den Fabrikbesitzer Carstens, die Deutsche Fraktion durch den welfischen Abgeordneten und Rittergutsbesitzer v. Wangenheim, die Soz. Arbeitsgemeinschaft durch Dittmann und die Polen durch Seyda.

Blättermeldungen zufolge ist der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Alexander Schlicke, als Delegierter für Arbeiterfragen in das Reichskommisariat berufen worden.

Ueble Methode.

Die „Köln. Volksztg.“, das große Zentrumblatt am Rhein, hat neulich verlangt, daß Deutschland Antwerpen „in der Hand behalten“ müsse, jetzt verlangt es in einer Nachschrift Seebrücke und Ostende dazu, weil sonst Antwerpen in der Luft stehen würde. Am 8. Dezember hat Spahn in Bonn eine Rede gehalten, in der er Gebietsverweiterungen und andere reale Garantien verlangte, (wobei er freilich hinzufügte, man solle die Frage der Grenzfest-

setzung vorsichtig behandeln, um nicht unnötigerweise im Ausland Beunruhigung zu verbreiten).

Auf der anderen Seite entwickelt Herr Abbé Wetterlé, unser gewesener Reichsmitbürger, in Frankreich eine Agitation, die nicht allen Franzosen gefällt. In der „Humanité“ beschäftigt sich Pierre Renaudel mit ihr unter der Ueberschrift „Ueble Methode“. Herr Abbé Wetterlé, heißt es da, „führt seine Verehrsamkeit in zahlreichen Versammlungen spazieren“. Es wird dann ausdrücklich festgestellt, daß Wetterlés Kriegspolitik „nicht die unsere“, d. h. die der französischen Sozialisten, sei und daß sie dem Burgfrieden wenig diene. Renaudel klagt, daß andere nicht dieselbe Redefreiheit genießen, wie dieser kriegerische Abbé.

Die Herren von beiden Seiten sollten öfter daran denken, daß der Krieg für die deutschen wie für die französischen Katholiken eine bittere Notwendigkeit darstellt, die der Papst tief beklagt.

Der württembergische Ministerpräsident zur Lage.

In der Zweiten württembergischen Kammer, die am Dienstag ihre Beratungen begann, hielt Ministerpräsident Frhr. v. Weizsäcker eine Ansprache, in der er namentlich an das Gemeingefühl des einzelnen im Sinne des Hilfsdienstgesetzes mit warmen Worten appellierte.

Au jeden ergehe jetzt der Ruf, gemäß freiwilligem Entschluß und gemäß dem Gesetz auch seinerseits ohne Rücksicht alles für das Ganze einzusetzen, der Arbeit für das öffentliche Wohl zu leben und nur dieser allein. Jedes fertiggestellte Geschick habe draußen in der Hand unserer Soldaten sein notwendiges Ziel. Jeder Entwegene, der eingebracht wird, sei für das allgemeine Durchhalten bestimmt. Industrie und Landwirtschaft, Gewerbe in Stadt und Land finden sich zusammen in der einen Kriegsarbeit.

Ueber die Friedenssichtungen führte Herr Weizsäcker aus:

„Kam alledem hohnsprechend, was man von menschlicher Vernunft erwarten möchte, der Friede noch nicht, so trifft die ungeheure Blutschuld wiederum die Staatsmänner der feindlichen Staaten. Aber macht sich ihre Bevölkerung nicht mitschuldig, wenn sie sich so leicht und so gern immer und immer wieder betören läßt über unsere angebliche Schuld am Ausbruch des Krieges, über die Tragweite der Niederlagen, die sie so offenkundig ringsum erlitt, über die vermeintliche Aussicht, daß sich das Kriegsglück noch zu ihren Gunsten wenden könnte?“

Herren und Händler.

Heute wird sich das preussische Herrenhaus mit einem Antrage v. Herberg-Lottin zu beschäftigen haben, der die Regierung auffordert, „im Bundesrat dahin zu wirken, daß das Einfuhrmonopol der Zentral-Einkaufsgesellschaft beseitigt oder doch erheblich eingeschränkt wird“. Es besteht keine Aussicht, daß diesem Verlangen stattgegeben wird, auch wenn der Antrag einstimmige Annahme finden sollte, was freilich nicht zu erwarten ist. Zu besorgen ist höchstens, daß dieser Vorstoß gegen die mühsam durchgeführte Zentralisierung fast der gesamten Lebensmitteleinfuhr aus den neutralen Ländern die Agitation gewisser Handelskreise fördert, die ohne Rücksicht auf die durch den Krieg und namentlich durch die englischen Absperrungsmaßnahmen geschaffene Lage bei jeder Gelegenheit die Fregabe des Einfuhrhandels fordern. Die breite Masse des Volkes, insbesondere die Arbeiterklasse, hat hieran kein Interesse. Für sie kommt es vielmehr darauf an, daß die Waren, die gegenwärtig nach Deutschland eingeführt werden können, nicht durch das Dazwischentreten zahlreicher Händler im Preise getrieben und dadurch den Verbrauchern verteuert werden.

Die J. E. G. ist im Volke nicht beliebt. Der Grund liegt in den Fehlern, die bei der Verteilung der Nahrungsmittel begangen worden sind. Dank einer übertriebenen Geheimnistuerei wissen nur sehr wenige Menschen, daß dies heute gar nicht mehr Aufgabe der J. E. G. ist, sondern des Kriegsernährungsamtes und seiner Verteilungsstellen. Hel Kerger wird auch durch die oft allzu bürokratische Handhabung des Beschlagnahmerechtes, besonders gegenüber kleinen Besitzungen einzelner Privatleute, hervorgerufen. Der gleichen Ungefährlichkeiten werden dann von den Handelstreibenden, denen durch das Einfuhrmonopol viele letzte Kriegsgewinne entgehen, ausgenützt, um gegen das Prinzip Stimmung zu machen und den „bewährten Einfuhrhandel“ in Empfehlung zu bringen, der angeblich alles viel besser gemacht hätte. Es gehört aber nicht viel politisches Verständnis dazu, um einzusehen, daß diejenigen, die heute in Regierung und Verwaltung — und ebenso in den kriegswirtschaftlichen Organisationen — den maßgebenden Einfluß ausüben, sicher die Letzten sein würden, dem privaten Kapital eine aus der Friedenszeit gewohnte Tätigkeit zu verwehren, wenn auch nur die geringste Möglichkeit bestände, daß diese Tätigkeit heute noch ohne schwere Nachteile für die Versorgung des Volkes mit billigen Nahrungsmitteln ausgeübt werden könnte. Wir haben im Gegenteil den Vorwurf zu erheben, daß die weitaus meisten Einfuhrmonopole viel zu spät eingeführt worden sind, nämlich immer erst dann, wenn durch den Wettbewerb der viel zu vielen Käufer die Preise auf eine unerträgliche Höhe getrieben waren.

Viele Millionen Mark sind auf diese Weise zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft aus den Taschen notleidender Verbraucher in die Geldtaschen in- und ausländischer Händler geflossen, die bekanntlich das Ein- und Ausfuhrgeschäft nicht um der schönen Augen des deutschen Volkes willen betreiben, sondern um zu — verdienen. Jeder Arbeiter, Angestellte oder Beamte, auch der nicht sozialistisch geschulte, wird leicht begreifen, daß auf einem abgesperrten Markt ein einzelner billiger in den Besitz der überhaupt verfügbaren Ware gelangen kann, als eine Mehrzahl von Käufern, die sich notgedrungen gegenseitig überbieten müssen, um möglichst große Anteile an dem Vorrat zu erhalten. Aber die Leiter der J. E. G., die ja selbst Kaufleute sind, haben anscheinend kein Interesse daran, durch geeignete Ausflüchtungen an der Verbreitung dieser einfachen Wahrheit mitzuwirken.

Herr v. Herberg spricht in der Begründung seines Antrages auch von den „großen Gewinnen“, mit denen die Zentral-Einkaufsgesellschaft ihre Waren verkauft. Möchte die J. E. G. nicht wenigstens so weit aus ihrer vornehmen Reserve heraustreten, daß in Zukunft jedes Mitglied des Herrenhauses wissen kann, daß die J. E. G. eine gemeinnützige Gesellschaft ist, die von der Reichsregierung überwacht wird und satzungsgemäß gar keine Gewinne erzielen darf?

Das Reichskommisariat für Uebergangswirtschaft und die Arbeiter.

Auf eine Eingabe aller großen Gewerkschaftszentralen und Angestelltenverbände jeder Richtung, ferner des Bureaus für Sozialpolitik und der Gesellschaft für soziale Reform, betreffend Zuziehung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern zu der neuen Dienststelle für Uebergangswirtschaft hat jetzt der Reichskanzler folgende Antwort gegeben, die in der „Sozialen Praxis“ veröffentlicht wird:

Berlin, den 2. Dezember 1916.

Auf die gefällige Eingabe vom 10. v. Mts. erwidere ich ergebenst, daß die Aufgabe des Reichskommisariats für Uebergangswirtschaft dahin begrenzt ist, daß er für die Verlegung der Industrie mit den dringenden Rohstoffen für die ersten Monate nach Friedensschluss betraut ist. Die Ueberführung unserer Kriegswirtschaft in den Friedenszustand umfaßt zweifellos ein sehr viel weiteres Gebiet. Dazu gehört, wie auch der Herr Staatssekretär des Innern nach der in der Eingabe angelegenen Ausschuss-Sitzung am 14. Oktober im Reichstage erklärt hat, in erster Stelle die Arbeiterfrage. Dieser Bedeutung entsprechend wird sie im Reichsamt des Innern schon bisher bearbeitet. Es läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, ob auch hierfür eine besondere Organisation geschaffen werden muß. Sollte dies der Fall sein, so wird der Herr Staatssekretär des Innern die großen Interesseneinigungen, also in erster Linie die Organisationen der Arbeiter und der Angestellten hieran beteiligen.

Die Fragen der Arbeitsvermittlung und der Arbeitslosenversicherung können gar nicht früh genug in Angriff genommen werden. Wie will man das aber mit Herrn Geislerich?

Schnaps ist überflüssig. Herr v. Batocki hat sich kürzlich im Reichstagsausschuss gegen die Beschlagnahme des im Konsum befindlichen Schnapses in „Rücksicht auf die Versorgung der Bevölkerung“ ausgesprochen. Der Verein adjuvener Ärzte und gleichgerichtete Organisationen richten nun ein offenes Schreiben an Herrn v. Batocki, in dem sie ausführen, daß der Verzicht auf den Schnaps für die Arbeiter einen großen Vorteil bedeutet.

Weniger Rindvieh — mehr Fett!

In der Königsberger „Hartungischen Zeitung“ führt der ostpreussische Gutbesitzer Jelle aus, daß bei Erhaltung des Rindviehbestandes unter dürftiger Fütterung die Produktion an Milch und Fett ständig gesunken ist. Die Knappheit an Milch und Butter wäre nicht so groß geworden, wenn ein richtiges Verhältnis zwischen Futtermenge und Viehbestand von vornherein geschaffen worden wäre. Durch erhebliche Verringerung der Kuhherden würden wir mehr Fleisch erhalten, die Produktion an Milch aber nicht schwächen, da die leistungsfähigsten Tiere gehalten werden müßten. Noch größer wäre die Wirkung der starken Einschränkung der Aufzucht der diesjährigen Kälber, die uns doch erst nach zwei und drei Jahren einen Nutzen bringen. Die Schwierigkeiten des Fütterns dieses Jahres würden schon überwunden werden. Allein im preussischen Staat werden jährlich zwei Millionen Kälber zugelegt. Jedes Kalb braucht 200 bis 300 Liter Vollmilch. Aus dieser Milch könnten 20 Pfund Butter gewonnen werden. Ein Verzicht auf die Aufzucht eines Jahresganges bedeutet also, daß 4 Millionen Schwerarbeiter pro Kopf ein Mehr von 10 Pfund Butter erhalten können. Das Gros der Kälber sollte man opfern. Es sei das sicher eine sehr eingreifende Maßregel, aber in der heutigen bittersten Zeit dürfe man vor nichts zurückschrecken.

Die Zuckerverföorgung des Wirtschaftsjahres 1917/18.

Für die Zuckerverföorgung des Wirtschaftsjahres 1917/18 sind durch Bundesratsverordnung vom 2. Dezember 1916 ab die gesetzlichen Grundlagen geschaffen worden. Zur Förderung des Rübenanbaues ist auf dringenden Wunsch der Rübenbauer die zur Aufgabe an sie frei gegebene Menge von nassen und trockenen Schnitzeln für 1917/18 um volle 10 Proz. auf 85 Proz. erhöht worden. Außerdem dürfen ihnen künftig entsprechend ihren Rübenlieferungen 10 Proz. der Rohzuckerklasse zurückgegeben werden.

Ferner soll dem Rübenanbau durch Zuweisung von Arbeitern besonders von Kriegsgefangenen, fernher durch eine Sonderzuteilung künstlichen Düngers, jede mögliche Produktionserleichterung gewährt werden. Eine Erhöhung des Zuckerrübenpreises auf 3 Mark, wie sie von Interessenten angeregt war, wurde nicht als gerechtfertigt anerkannt; ein gesetzlicher Mindestpreis von 2 Mark ist als ausreichend, aber auch als unbedingt erforderlich erachtet worden, um den Rübenbau nicht nur der günstigsten wirtschaftlichen Gegenden auf der jetzigen Höhe zu halten. Auf der Grundbasis dieses Rübenpreises ist der Rohzuckerpreis zum Herbst 1917 festgesetzt worden, dabei ist der den Fabrikanten für die Verarbeitung zuzumessende Betrag auf der Höhe des Vorjahres gehalten.

Das Abkommen der Schweiz mit Deutschland.

Im schweizerischen Nationalrat erklärte der Vorsitzende des Neutralitätsausschusses Spahn, das Abkommen mit Deutschland gewähre der Schweiz, was man billigerweise habe erwarten können, und wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt worden seien, so sei das zu vertehen angesichts der schwierigen Lage, in der die Schweiz das Abkommen habe schließen müssen. Im Namen des einmütigen Ausschusses gab Spahn die Erklärung ab, daß er auf Grund der Eröffnungen des Bundesrats sowohl in bezug auf das Abkommen als in bezug auf die Note an den Bierverband das Vorgehen des Bundesrats billige.

Der österreichische Reichsrat.

Aus Wien wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß die Vorgespröchungen der Regierung mit den Parteien in den nächsten Tagen ihren Anfang nehmen werden. Für den 9. Dezember ist eine Sitzung des gemeinsamen Ausschusses der Deutschnationalen und Christlich-Sozialen geplant. Die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens aller deutschen Parteien auch mit den deutschen Sozialdemokraten werde sich von Fall zu Fall ergeben.

Abgeordnetenhaus.

2. Sitzung, Dienstag, den 5. Dezember 1916, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Loebell, v. Schorlemer, v. Sydow.

Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Ernährungsfragen.

Die Kommission — Berichterstatter Abgg. Lippmann (Sp.) und Dr. Geisler (l.) — legt 24 Anträge vor, die Maßnahmen zur ausreichenden Versorgung mit Kartoffeln, Obst, Säfte, Milch, Fleisch, Fett usw. vorschlagen. Sämtliches Geflügel ist danach u. a. von der Verbrauchsregelung auszunehmen. Weiter soll in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes ein Vertreter des Kleinhandels und ein Vertreter des Verbandes der preussischen Landkreise berufen werden und in die beim Reichskommisariat für Uebergangswirtschaft

zu ständlichen Sonderauschüsse sollen Vertreter des Handwerks, des Kleinhandels und der Arbeiter berufen werden.

Die Abgg. Braun (Soz.) u. Gen. beantragen außerdem, die wöchentliche Fleischration auf 400 Gramm allgemein und auf 500 Gramm für die Schwerarbeiter zu erhöhen; Herabsetzung der Preise für Fleisch, Fett, Fische, Obst; Einbeziehung aller Arten Fleisch, Wild, Geflügel und Fische in die öffentliche Bewirtschaftung; Sicherstellung der Kartoffelzufuhr, Wechselaufnahme der Zwiebeln und Zuführung an die Verbraucher zu Höchstpreisen durch die Gemeinden; rechtliche Gleichstellung der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit den gewerblichen zwecks Hebung ihrer Arbeitsfreudigkeit.

Abg. Dr. v. d. Osten (L.):

Keinerlei Zurückweichen vor Strömungen im Volke, mögen sie so groß sein, wie sie wollen, dürfen uns verhindern das zu tun, was wir nach unserem sachlichen Ermessen für richtig halten. Das Ende dieses Krieges wird uns sicher nicht vor das Ende der Ernährungsschwierigkeiten stellen. Es wird nach dem Kriege ein Wettrüsten aller am Kriege beteiligten Nationen einsetzen, um die dann noch vorhandenen Güter an sich zu reißen. Wir werden da keinen leichten Stand haben, unsere Valuta wird uns Schwierigkeiten machen. Es muß daher vor allem Vorsorge für eine

lange Uebergangszeit nach dem Kriege

getroffen werden. Es kommt darauf an, um jeden Preis Vorräte zu schaffen und anzusammeln. Demgegenüber muß die Sorge für angemessene Preise, auch die Sorge für die Verteilung in zweiter Linie stehen. (Sehr richtig! rechts.) Die Landwirte sind ihren Pflichten in weitestem Maße nachgekommen. (Wahr! rechts.) Trotz des Mangels an Geispannen haben die Landwirte auch ihr Möglichstes zur Vergung der Kartoffelernte getan. In einzelnen Fällen mögen Zurückhaltungen vorgekommen sein, räudige Schafe gibt es überall. Ein Produktionszwang ist in der Landwirtschaft unüberführbar, wir müssen an den Opfermut der Landwirte, der überall vorhanden ist, appellieren. Für die Futterversorgung kommt es darauf an, daß der Ackerbau lohnend gestaltet wird. Wird der Preis, um einer Stimmung entgegenzukommen, zu niedrig festgesetzt, so stehen wir im nächsten Jahre vor einer Katastrophe bei der Futterernte. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man immer von den hohen Gewinnen bei den Zuckerfabriken spricht, liegt da wohl eine Verwechslung mit den Zuckerraffinerien vor. Sehr wichtig für die Landwirtschaft ist die genügende Gewinnung von Stickstoff. In beiden Fragen ist große Eile geboten. Die Ackerbauer müssen schon im Dezember in der Lage sein, eine bestimmte Rechnung aufstellen zu können. (Sehr richtig! rechts.) Dringend notwendig für den Ackerbau auch die geschickten polnischen Arbeiter. — Im übrigen verkennen wir auch nicht, daß alle gegebenen Mittel ergriffen werden müssen um im Interesse der Konsumenten die Preise nach Möglichkeit herabzusetzen. — Man sollte den Zwang nicht übertreiben. Wir schmecken jetzt ein bißchen von dem

sozialistischen Zukunftsstaat.

(Weiterkeit.) Wir schwebt als Kulturideal vor eine Verbindung zwischen freiwilliger Unterordnung unter Staatsnotwendigkeiten und Achtung des Staates vor persönlicher Freiheit des einzelnen. Eier und Gänse sollten der Zwangsregelung nicht unterworfen sein resp. werden. Die vollständige Verschlagnahme der Bruckenernte scheint mir zu weit zu gehen; zur Streckung der Kartoffeln ist nur die Hälfte der Bruckenernte notwendig; das andere sollte zur Verfütterung freigegeben werden. Auch in der Kartoffelverfütterung sollten die Beschränkungen gemildert werden, zumal eine absolute Verteilung ja doch nicht durchzuführen ist. Eine zu große Abschächtung der Rinder, wie sie auch der Antrag Braun verlangt, ist die schlimmste Augenblickspolitik. Wir müßten dann in einem halben Jahre überhaupt auf Fleisch verzichten. Die Preis- und Vorratspolitik unseres Landesfleischamts ist das einzig Richtige; das wird mit der Zeit auch allgemein anerkannt werden. (Sehr richtig! rechts.) — In den Entente-Ländern ist die Ernährungsschwierigkeit erheblich größer als bei uns, jedenfalls wird sie es in nächster Zukunft werden. Es bedarf vielleicht nur einer letzten energischen Anstrengung, um die dort vorhandenen Lebensmittel- und Transportmittel zu einer Katastrophe werden zu lassen. Bis dahin ist das Volk zu jedem Opfer bereit und wird sich durch keine Rot des Augenblicks den festen Willen zum Durchhalten bis zum vollen und endgültigen Siege beugen lassen. (Wahr!) Sollte eine neutrale Macht in dieser kritischen Stunde

mit heuchlerischer Gesse

uns in den Arm fallen und damit Deutschlands Zukunft aufs neue gefährden, so wird sich heute das Wort Friedrichs des Großen zu Beginn des Siebenjährigen Krieges gelten: die Preußen fragen nicht, wie viel sind ihrer Feinde, sondern sie fragen: wo stehen sie? (Erneutes lebhaftes Bravo!)

Abg. Bruß (L.):

Wir müssen weiter wirtschaftlich durchhalten, damit wir zu einem Siege kommen, wie ihn die herrlichen Leistungen unserer heldenhaften Truppen gewährleisten. (Wahr!) Die gegenseitigen Angriffe zwischen Stadt und Land sollten aufhören, sie sind dieser Zeit nicht würdig. Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Taten sehen.

Abg. Dr. Campe (natl.):

Auf dem schwierigen Gebiete der Nahrungsmittelversorgung ist keine Politik schlechter als eine schwankende. In der Kommission haben wir nähere Mitteilungen über die Danziger Getreideschiebungen vernommen. Die Zwangswirtschaft wird bei den notwendigsten Nahrungsmitteln nicht zu umgehen sein. Daneben ist eine möglichst weitgehende Dezentralisation notwendig. Wenn man gemeint hat, diese Regelung öffnet dem Sozialismus die Bahn, so bin ich anderer Meinung. Nach den Erfahrungen, die wir jetzt gemacht haben, wird, glaube ich, niemand wünschen, daß wir dauernd unter diesem System stehen. (Abg. Haenisch (Soz.): Kriegssozialismus ist nicht Friedenssozialismus!) Etwas deraartiges ist nur zu ertragen als Ausnahmezustand. Eine gleiche Verteilung wünschen Sie ja selbst nicht, Sie würden nicht zufrieden sein, wenn die Schwerarbeiter auch nur 6 Pfd. Kartoffeln bekämen. (Ab. Leinert: Die müssen ja auch schwer arbeiten!) Also ich gebe zu:

gerichtet hat und im Ausnahmezustand der Zwang,

aber jeder Schluß darauf auf Ihr (zu den Sozialdemokraten) System ist fehlbar.

Bei der Verteilung der großen Beute in Rumänien — ich meine den Weizenboden — sollten wir Deutsche unseren Bundesgenossen gegenüber nicht allzu bescheiden zurücktreten. (Sehr richtig! bei den Natl.) — Der Landwirtschaft müssen vor allem die nötigen Arbeitskräfte gesichert werden, damit sie dem Boden alles Mögliche abringen kann. Dazu gibt das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst die Möglichkeit. Daneben muß ihr genügend Dünger zur Verfügung gestellt werden. Dem einmütigen Wunsch der Kommission nach gleichmäßiger Verteilung des Stickstoffes ist die Regierung bedauerlicherweise nicht nachgekommen. — Die Weisheit haben vielfach eine Höhe erreicht, die kaum erträglich ist. Es ist doch nicht so gleichgültig, ob das Volk Anlaß zum Murren hat; wir haben vielmehr allen Grund, ein möglich zufriedenes Volk zu haben. (Sehr richtig!) Die

Höhe der Preise landwirtschaftlicher Produkte

ist ja nicht immer Schuld der Landwirtschaft, sondern auch des Zwischenhandels. Die Milliarden, die das Reich an Unterstützungen zu zahlen hat, hängen ja auch zusammen mit diesen allzu hohen Lebensmittelpreisen. Deshalb sollte eine möglichst Verabfolgung der

Preise erfolgen. Daß 400 Gramm Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden könnten, halte ich für eine falsche Berechnung. Die Verteilung ist keine rein arithmetische Aufgabe, sie muß erfolgen nach den Bedürfnissen in Stadt und Land. — Der Zuckerrübenbau sollte mit allen Mitteln gefördert werden, entsprechend dem großen Nährwert der Zuckerrüben. Dazu ist eine Erhöhung der Rübenpreise notwendig, die aber nur eine Erhöhung der Zuckerernte selbst von 32 auf 38—40 Pfd. zur Folge haben würde. Das kann jeder Vollsprecher verantworten. Das Vierteljahr nach Ostern wird in bezug auf die Ernährung sich wahrscheinlich besonders schwierig gestalten. Es wird darauf ankommen, daß das Volk sich willig in das Notwendige fügt. Alle Energien im Volke müssen aufgerufen werden zu aktiver Tätigkeit, dann werden wir durchhalten. (Wahr!)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Kriegsbeihilfen für die preussischen Staatsangestellten

beschäftigten eingehend den veränderten Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses. Der Berichterstatter Dr. Schröder-Rassel (natl.) kritisierte die Vorkantmachung des Finanzministers, die nicht das Richtige treffe. Der Finanzminister begründete das Vorgehen der Regierung, der eine Uebergehung des Abgeordnetenhauses ferngelegen habe. Die Regierung habe ihren Entschluß herausgegeben, damit die Beihilfen

nach im Dezember ausgezahlt

werden könnten. Beamte mit starker Kinderzahl werden fast das doppelte Monatsgehalt bekommen. Neben dieser einmaligen Beihilfe sollen die Kinderzulagen weiter ausgebaut werden. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Belastung des Staatshaushalts dürfe man nicht allzu weit gehen, trotz allem Wohlwollen für die Beamten.

Ein konservativer Redner drückt sein Befremden über das Vorgehen der Staatsregierung aus. Der Ausschuß habe freie Hand und sei an den Entschluß des Ministers nicht gebunden.

Der Finanzminister erwidert, daß die Regierung bei Besoldungsfragen die Führung behalten müsse. Ob das bestehende Beamtenbesoldungssystem bei der nächsten Revision der Beamtengehälter eine grundlegende Veränderung erfahren solle, müsse der Zukunft überlassen werden. Eine Einbeziehung der Mittelschullehrer in die vorliegende Regelung müsse er ablehnen, da diese Beamten lediglich von den Gemeindeverwaltungen zu befehlen sind.

Ein nationalliberaler Abgeordneter bedauert gleichfalls, daß die Regierung einseitig vorgegangen sei, wozu die Erweiterungen im Ausschuß nur akademischer Natur sein könnten. Er gibt die Anregung, künftig kinderreiche Familien ganz besonders zu berücksichtigen, um so eine gesunde Bevölkerungspolitik zu betreiben.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter erklärte ebenfalls, daß durch das Vorgehen der Staatsregierung die Volkvertretung gewissermaßen beiseite geschoben sei. Durch die vorgelegene Teuerungszulage sei der Notlage der Beamten nicht genügend Rechnung getragen worden, eine Erhöhung sei dringend erforderlich. Die Beihilfen für Verheiratete seien entschieden zu niedrig. Der Redner fragt, ob die Beamten, die sich dargenlos im Heere befinden, mit der Zulage bedacht werden sollen, er wundert sich, daß man

den Arbeitern nur 10 M. als Kinderzulage

zähle und stellt einen Antrag, daß die Teuerungszulage nicht zur Steuer herangezogen werden solle. Ein großer Teil der größeren Städte sei mit den Teuerungszulagen viel weiter gegangen, auch werde bei unseren Bundesbrüdern für die Beamten besser geforgt.

Der Eisenbahnminister spricht über das Einkommen der Arbeiter. Eine Verbesserung sei in dem System der Teuerungszulagen zu finden. Die neuen Teuerungszulagen der Arbeiter seien nicht unerheblich höher als die der Beamten. Die einmaligen Zulagen für die Arbeiter hätten große Befriedigung hervorgerufen. Bei den Schwerarbeitern sei es gelungen, die Ernährungsschwierigkeiten herabzumindern.

## Aus Groß-Berlin.

In ihren Armen das Kind war tot!

Wir haben in den letzten Wochen wiederholt der gemeindeamtlichen Aufforderung gern und sofort Raum gewährt, daß man selbst bei bloßen Verdachtsfällen, von anstehenden Krankheiten ergriffene Kinder ohne Verzögerung den städtischen Hospitälern zuführen solle. In einer solchen aus den Magistratsbüros stammenden Mitteilung hieß es bezüglich der Diphtheriebekämpfung, daß hier alles von dem schnellen und rechtzeitigen Einsetzen der ärztlichen Hilfe abhängt; in allen Fällen von Halbschlingen, „auch wenn sie zunächst leicht und unbedenklich erscheinen“, sollte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden. Und am jüngsten Montag erst hat der Magistrat veröffentlicht, daß der Gemeindebeschuß, wonach die Aufnahme „auch bei leichteren Fällen“ von Diphtherieerkrankungen „ohne vorherige Prüfung der Kostenfrage zu erfolgen hat“, ausgedehnt werden solle auf die an Scharlach, Masern und Keuchhusten erkrankten Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre. — Alles nur Papier und Linte! — so muß man fürchten, wenn man liest, was nach den Angaben eines Lokalberichterstatters eine junge Mutter, die Frau eines im Felde stehenden Mannes, in der Haupt- und Residenzstadt Berlin erleben mußte:

Mit ihrem toten Kinde auf dem Arme ist am Montag eine Frau den ganzen Vormittag in Berlin umhergeirrt. Eine 23 Jahre alte Frau Rahmard aus der Gegend von Magdeburg, deren Mann im Felde steht, kam am 16. November nach Berlin, gebot hier in einer Anstalt ein Kind und nahm dann in der Marienstraße vorläufig eine Wohnung. Das schwächliche Kind erkrankte am letzten Sonntag so schwer, daß die Mutter es in ein Krankenhaus bringen wollte. Sie fragte an mehreren Stellen an, wurde jedoch überall wegen Platzmangels abgewiesen und mußte unverrichteter Sache mit dem Kleinen wieder nach Hause gehen. Montagmorgen verschlimmerte sich der Zustand noch weiter, und die Frau machte sich von neuem auf den Weg. Nachdem sie den ganzen Vormittag wieder vergebliche Wege gemacht hatte, kam sie endlich mittags auch nach der Charité. Hier erkrankte man aber gleich, daß das Kind, das sie auf dem Arme trug, schon tot war.

Was den tragischen Vorfall anlangt, der in seiner Ungeheuerlichkeit keines Wortes der Kritik bedarf, so wird man ja hoffentlich noch erfahren, in welchen Anstalten und mit welcher Begründung die unglückliche Mutter abgewiesen worden ist.

Aus den städtischen Hospitälern.

Das Kuratorium für die städtischen Hospitälern hielt am 4. Dezember eine Sitzung ab, die sich mit der Feststellung des Etats beschäftigte. Dem Etat entnehmen wir, daß für das Hospital in der Kröbelstraße eine Ausgabe von 781 780 M., für das Hospital in der Wallfadenstraße (Friedrich-Wilhelm-Hospital) 801 115 M. und für das Hospital Buch 810 508 M., insgesamt 1 893 403 M. in Betracht kommt. Dabei ist für das Hospital in der Kröbelstraße eine Belegziffer von 1820, darunter 70 in Außenpflege, für das Hospital in der Wallfadenstraße eine Belegziffer von 620, darunter 20 in

Außenpflege, und für das Hospital Buch eine solche von 1270, 70 in Außenpflege, angenommen worden.

Eine lebhafteste Debatte entpand sich über die Verpflegung der Hospitälern. Für das Hospital Buch ist ein Verpflegungstag von 83 Pf. pro Kopf und Tag, für das Hospital in der Kröbelstraße ein solcher von 74 Pf. und für das Friedrich-Wilhelm-Hospital ein solcher von 75 Pf. angesetzt worden. Seitens der sozialdemokratischen Mitglieder des Kuratoriums wurde dieser geringe Satz bemängelt und darauf hingewiesen, daß vielfach Klagen über nicht genügende Verpflegung vorlägen. Eine Revision habe ergeben, daß das Mittagessen wohl als ausreichend angesehen werden könne, daß aber bezüglich des Brotes eine Veränderung eintreten müsse. Durch den Umstand, daß das Brot im Buch Abgang aufweist und etwa 150 Hospitälern, die Arbeiten verrichten, zum Frühstück doppelt Brot gegeben wird, ist das auf den Kopf der Insassen fallende Durchschnittsquantum geringer. Von Seiten des Magistrats wurde erwidert, daß alles geschehe, um die Verpflegung ausreichend zu gestalten, daß aber, den Kriegsverhältnissen Rechnung tragend, auch die Insassen der Hospitälern nicht mehr als die gewöhnliche Ration erhalten können. Zugespitzt wird, nochmals in eine Prüfung einzutreten.

Des weiteren wurde bemängelt, daß der Satz der diätetischen Verpflegung der Kranken von Jahr zu Jahr in allen drei Hospitälern zurückgegangen ist. So betrug er in der Anstalt Buch im Jahre 1913 2523 M., 1914 2360 M., im Jahre 1915 2725 M. und ist jetzt angesetzt mit 2760 M. Für die Anstalt in der Kröbelstraße betrug der Satz 1912 12 345 M., 1913 11 572 M., 1914 7164 M., 1915 6756 M. Da es sich in dieser Anstalt um viele und äußerst schwerkranken Personen handelt, sind wiederum 10 500 M. für das neue Etatsjahr in Antrag gebracht worden. Für das Friedrich-Wilhelm-Hospital betragen die Sätze 1913 1880 M., 1914 1278 M., 1915 613 M.; angelegt sind wiederum 1200 M.

Auf den Hinweis des Rückganges in den vorausgehenden Summen wurde erwidert, daß Stärkungsmittel, wie Milch und Eier, nur in äußerst beschränktem Umfange zu haben sind, demzufolge auch Ausgaben nicht gemacht werden können. Es wurde erwidert, daß, als diese Stärkungsmittel zur Verfügung standen, trotzdem von Jahr zu Jahr die Sätze zurückgegangen seien, so daß es dem Eindruck erwachte, als solle hierbei unter allen Umständen gespart werden. Beschlossen wurde, einen Durchschnittsverpflegungssatz von 80 Pf. zugrunde zu legen. Ergänzend wurde folgende Erklärung angenommen: „Das Kuratorium erwartet, daß die Verwaltungen der Hospitälern von einer Ueberschreitung der angelegten Verpflegungssätze nicht Abstand nehmen, wenn die Preislage der Lebensmittel dazu zwingen. Die angelegten Verpflegungssätze dürfen nicht dazu führen, dem Gesundheitszustand der Pflegenden zu verschlechtern.“

Auf die Frage, ob denn für die in Geltung befindlichen Löhne noch ausreichendes gesundes Personal zu haben sei, wurde erwidert, daß dieses der Fall, daß aber im allgemeinen der Magistrat bereits eine Erhöhung der Teuerungszulagen für alle städtischen Arbeiter und Angestellten vorgesehen hat. Die tägliche Entscheidung für diejenigen Angestellten, die die Verpflegung in der Anstalt aufgaben, wurde von 1,40 M. auf 2.— M. erhöht.

Geräume Zeit nahm auch die Erhöhung der Sterblichkeitsziffer in den Hospitälern in Anspruch. Seitens der ärztlichen Leiter der Hospitälern wurde darüber Klage geführt, daß die Krankenhäuser kurz vor dem Ableben befindliche Personen noch auf das Sektionshaus abschicken, daß dadurch die Sterblichkeitsziffer in den Krankenhäusern geringer erscheine, während sie in den Hospitälern naturgemäß dadurch anschwellt. Während noch vor 12 bis 14 Jahren die Sterblichkeitsziffer 30 bis 35 betrug, kommen jetzt bereits dreistellige Zahlen in Betracht. Bezeichnend sei, daß von dem am letzten Sonntag gestorbenen vier Kranken drei eben erst eingeliefert worden sind. Der Vertreter des Regionalamtes, Professor Dr. Krojan, erklärte, daß die Stadt Berlin stolz darauf sein könne, Krankenhäuser und Hospitälern zu haben, daß aber nicht die Mühe vorhanden ist, Sterbehäuser zu schaffen. Der Magistrat schlug vor, daß die Fälle, die zur Ueberweisung von dem Krankenhaus zum Hospital in Betracht kommen, persönlich vom leitenden Arzt des Krankenhauses festgesetzt werden müssen, des weiteren, daß nicht mehr die direkte Ueberweisung, sondern wie früher, auf dem Umwege über die Armenabteilung in Betracht kommen könne. Auch die Armenärzte sollen erucht werden, die Fälle genau zu prüfen. Bei Entscheidung der Ueberweisung ist anzunehmen, daß die Sterblichkeitsziffer der Hospitälern geringer werden wird. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern wurde eine Statistik gefordert, aus der hervorgeht, nach wie langer Zeit des Aufenthaltes der Tod eingetreten ist. Diefem Antrage wurde stattgegeben.

Auf eine Anfrage, ob es wahr sei, daß in der Anstalt Buch das Pflegepersonal renitenten Pflegenden Morphiumspritzen und Veronal gebe, wurde erwidert, daß das Pflegepersonal hierzu nicht das Recht habe. Nur bei dem Patienten, die vor dem schon Spritzen erhalten haben, habe das Oberpflegepersonal das Recht, Spritzen zu verabfolgen. Von dem Geschehen ist spätestens am anderen Tage dem leitenden Arzt Mitteilung zu machen. Auch hier wurde von den sozialdemokratischen Vertretern dieses Verfahren bemängelt. Es herge eine große Gefahr in sich, wenn so verfahren werde, weil dann schließlich das Personal denjenigen Patienten, die viel Arbeit verursachen, solche Spritzen verabfolgt; werde doch behauptet, daß nach Verabfolgung von Spritzen ein Patient verstorben sei. Dies wurde bestritten, der Fall selbst soll aber noch weiter verfolgt werden. Die Beschlußfassung über diese Angelegenheit wurde ausgesetzt, bis nähere Erhebungen vorliegen.

Der Lindentunnel.

Einige der großartigsten Arbeiten mitten im Kriege haben die Hochbahn- und die Straßenbahn-Gesellschaft vollbracht. Die Untergrundbahn entwickelt eine großzügige Erweiterungsbautätigkeit. Im Zentrum Berlins — in der Friedrichstraße — und im Westen sah man lange Zeit hindurch friedliche Schützengräben, die heute bereits zugebaut sind. Unter dem Pflaster aber wird weiter an den Stellen gearbeitet, die das Liniennetz der Schnellbahn um ein Erhebliches vermehren.

Nicht minder bedeutsam ist die von der Straßenbahn-Gesellschaft vollbrachte Leistung: die Untertunnelierung der „Linden“. Der Verkehr der Straßenbahn quer über die Linden, den die Entwicklung Berlins in ungehinderter, großzügiger Weise erforderte, war schon seit langem ein vielfach erwogenes Problem. Die Leitung der Straßenbahnen über die Linden hätte aber einerseits das einheitliche Bild gestört, andererseits eine schnelle Abwicklung der Fahrten wohl kaum gestattet. Der Kaiser-Franz-Josef-Platz vor dem Opernhaus, um den es sich handelt, bildet gerade durch seine ungehörte Fläche einen besonders schönen Abschluß der Linden. Darum entschloß man sich, zwei Tunneln unter den Linden zur Leitung der Straßenbahn hindurchzuführen. Dieses Werk, das ganz ohne Zweifel einen besonderen Werkstein in der Verkehrsgeschichte des modernen Berlin darstellt, wurde nunmehr vollendet. Die eine Tunnelöffnung gähnt zwischen Singakademie und Unversität, die andere an der Behrenstraße.

Es handelt sich hier im vollsten Sinne des Wortes um ein Kriegswerk. Denn der Bau wurde erst nach Kriegsausbruch begonnen und ist nunmehr noch vor Friedensschluß vollendet worden. Er erinnert im übrigen an sehr lebhaft Auseinandersetzungen, die seinerzeit wegen des Projektes zwischen den Hauptbeteiligten — der Straßenbahn und der Stadtverwaltung von Berlin — stattfanden.

Heute aber ist von Reinigungsverschiedenheiten keine Rede mehr, und man sieht weder Baumaterial, noch Staub und Arbeitergewimmel. Zwei dunkle Definitionen im Asphalt, zwei Gleisestrecken, die im Halbkreis auf schräger Bahn aufleuchten, um dann bald in jähem Abfall in unsichtbare Tiefen

zu verschwinden. Schmutz Kanten, einige veränderte, zum Teil gärtnerische Anlagen — das ist alles, was von dieser bemerkenswerten Neuerung im Berliner Straßenverkehr auf-fallen könnte.

Und doch sind die Tunnel bestimmt, eine sehr fühlbare Verkehrsleistung bewältigen zu lassen. Der östliche Tunnel hat neue Linien der städtischen Straßenbahnen aufzunehmen, die als „Großer Ring“, „Mit-Ring“ und „West-Ring“ zu be-zeichnen sind. Der westliche Tunnel muß 36 Jügen in der Stunde freie Durchfahrt gewähren. Schon aus diesen knappsten Angaben vermag jeder zu erkennen, um wie weit-wirkende Verbesserungen es sich hier handelt. Die Tunnel-tunnels hätten auch in Friedenszeit anlässlich ihrer Fertig-stellung besondere Würdigung verdient. Daß sie sozusagen Kriegs-kinder sind, macht sie doppelt wertvoll.

### Die Steuerpflicht der Groß-Berliner Dauerwälder.

Mit der Frage: Dienen die Groß-Berliner Dauerwälder dem öffentlichen Gebrauch?, haben sich jetzt auch die Groß-Berliner Verwaltungsgesichte zu beschäftigen. In etwa 30 Fällen ist der Forstfiskus aus dem Zeitpunkt ab für die fiskalischen Waldflächen zu Steuern und Abgaben herangezogen worden, seitdem die Wälder um Berlin von der Staatsregierung in wesentlichen Teilen der forstlichen Nutzung entzogen und seitdem insbesondere große Teile von ihnen in die Verwaltung des Verbandes Groß-Berlin zur Erhaltung als Dauerwälder übergegangen sind. Nach § 24 des Kommunalabgabengesetzes unterliegen nicht den Steuern vom Grundbesitz die dem Staate, den Provinzen, Kreisen, Gemeinden oder sonstigen kommunalen Verbänden gehörigen Grundstücke und Gebäude, sofern sie zu einem öffentlichen Dienst oder Gebrauch bestimmt sind. Solange der Forstfiskus die ihm gehörigen Waldungen um Berlin rein forstwirtschaftlich nutzte, wurden die Waldflächen nicht als zum öffentlichen Gebrauch bestimmt angesehen und unter-lagen daher der Besteuerung. Seitdem aber nach der bekannten Kammerentscheidung über die Erhaltung der wesentlichen Teile der Wälder in Groß-Berlin und nach dem Entschluß der preussischen Staats-regierung, den größten Teil der Wälder an den Verband Groß-Berlin zu verkaufen, die Wälder forstwirtschaftlich nicht mehr ge-nutzt wurden, also etwa 1914/15, befreit der Fiskus, vertreten durch die Kgl. Regierung in Potsdam, die Grundsteuer- und Abgabe-pflicht für diese Waldflächen. Als der Fiskus trotzdem von den Kreisen, Gemeinden und Amtsausschüssen zu Steuern und Amts-abgaben nach dem Stande vom 1. Januar 1915 herangezogen wurde, erhob er Einspruch und darauf Klage mit dem Antrag, ihn von den Abgaben freizustellen, da zu diesem Zeitpunkt bereits die Waldflächen für den öffentlichen Gebrauch im Hinblick auf die künftige Erwerbung durch den Zweckverband bestimmt gewesen seien.

Der Verband Groß-Berlin ist diesen Klagen des Fiskus, von denen zunächst zwei in Verwaltungsstreitverfahren geltend werden sollen, beigetreten. In der ersten Streitfache klagt der Forstfiskus gegen den Teltower Kreisaußschuß wegen der Kreissteuer für die im Ortsbezirk Heerstraße belegenen Forstflächen für 1915 in Höhe von 17 895 M. Im Wechselsverfahren hat der Bezirksaußschuß Potsdam bereits den Antrag auf Freistellung abgelehnt, worauf der Fiskus den Antrag auf mündliche Verhandlung stellte. In der zweiten Klage, die durchgeführt werden soll, handelt es sich um die Amts-abgabe für die fiskalischen Forstflächen im Amtsbezirk Köpenick-Forst für 1915 in Höhe von 4465 M. In beiden Fällen behaupten der Forstfiskus und der Verband Groß-Berlin, daß die in Frage kom-menden Waldflächen schon damals, obwohl sie noch nicht in die Verwaltung des Zweckverbandes übergegangen waren, im Sinne des § 24 des KAG für den öffentlichen Gebrauch bestimmt und daher steuerfrei waren.

Der Bezirksaußschuß zu Potsdam hat in seiner gestrigen Sitzung die beiden Klagen des Forstfiskus wegen Frei-stellung von Steuern und Abgaben für die als Dauerwald zu er-haltenden Forstflächen abgelehnt. Zur Begründung führte der Vorsitzende, Verwaltungsgeschäftsdirektor von Hübner, u. a. aus: Am 1. Februar 1915, dem Stichtag für die Steuerveranlagung, befanden sich die Wälder noch nicht im Besitz des Verbandes Groß-Berlin. Aber auch dann, wenn schon der Zweckverband damals Eigentümer der Wälder gewesen wäre, müßte im einzelnen geprüft werden, ob die Erhaltung der Wälder als Dauerwälder ein öffentlicher Ge-brauch im Sinne des § 24 des KAG sei. Wenn z. B. Gastwirt-schaften errichtet und verpachtet werden, so sei das kein öffentlicher Gebrauch, sondern stelle einen steuerpflichtigen Gewerbebetrieb dar. Auch die Frage, ob die Wälder bereits in der Hand des Fiskus zum öffentlichen Gebrauch bestimmt waren, hat der Bezirksaußschuß ver-neint. Wenn der Fiskus die Wälder um Berlin dem öffentlichen Verlehr freigegeben hat, so hat er nicht mehr getan als ein privater Waldbesitzer. Er konnte die Wälder jederzeit wieder schließen. Die Anträge des Forstfiskus waren daher als unbegründet zurückzuweisen. — Wie wir hören, wird die Frage noch das Oberverwaltungsgericht beschäftigen.

### Rückichtslosstes Vorgehen gegen Kriegswucherer.

Ein wirksames Mittel gegen die Kriegswucherer wird seit einiger Zeit von verschiedenen deutschen Gerichten angewandt. In einer Anzahl von Kriegsgesetzen und Kriegsverordnungen ist die öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung des Schuldigen vorgesehen. Gewöhnlich erfolgt diese Bekanntmachung durch die Zeitungen. Dort lesen sie aber keineswegs immer diejenigen, für die es von besonderer Wichtigkeit ist. Die Gerichte haben deshalb das Urteil gegen die Kriegswucherer auf roten Plakaten an die Lifasäulen anhängen lassen, die sich in der Nähe des betreffenden Geschäftes befinden, oder gar den Ausschlag roter Zettel mit dem Strafteil in den Schaufenstern der Läden dieser „Vaterlands- freunde“ angeordnet. Wie wirksam dieses Mittel ist, geht daraus hervor, daß verschiedene dieser Kriegswucherer Widerstand gegen diese Art der Bekanntmachung erhoben haben. Staatsanwalt Dr. C. Jald weist in der Rundschau für den deutschen Juristenstand „Das Recht“ (Hannover, Helwing) überzeugend nach, daß die Ge-richte hierzu nicht nur berechtigt sind, sondern daß die erwähnte Art der Bekanntmachung in schweren Fällen als die einzig wirksame ganz besonders zu empfehlen ist. Auch wir sind der Ansicht, daß hierdurch, wenn gleichzeitig noch je nach der Schwere des Kriegs-wuchers und dem Vermögen des Wucherers hohe Geldstrafen verhängt werden, diesen Hyänen des Lebensmittelmarktes sehr rasch der Appetit vergehen wird.

### Umsatzsteuer und Höchstpreis.

Infolge der vielfachen Klagen aus Kleinhandelskreisen, daß auch bei Höchstpreisen dem Kleinhandel noch der Warenumsatz-stempel in Rechnung gestellt werde, wandte sich der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften an den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes mit der Bitte, zu bestätigen, daß alle Lieferanten, die bei den mit Höchstpreisen versehenen Waren den Umsatzstempel auf ihre Abnehmer abwälzen, sich der Ueberschreitung der Höchstpreise schuldig machen. Der Präsi-dent des Kriegsernährungsamtes erwiderte, daß im allgemeinen bezüglich der Umwälzung der Warenumsatzsteuer die vertraglichen Vereinbarungen maßgebend seien. Dann heißt es weiter: „Soweit indessen gesetzliche Höchstpreise festgesetzt sind, bezeichnet der Höchstpreis den Höchstpreis dessen, was vom Verkäufer gefordert und vom Käufer bezahlt werden darf. Ein geforderter Zurechnungs-fellen des Umsatzstempels neben dem gesetzlichen Höchstpreis halte ich daher ebenfalls für zulässig, wie eine besondere Berechnung einiger anderer Steuern oder sonstiger Geschäftskosten des Ver-kaufes. Es würde darin meines Erachtens eine strafbare Höchstpreisüberschreitung liegen.“

Die Kleinhändler sind demnach nicht nur nicht verpflichtet, den Stempel zu zahlen, sondern sie machen sich mit strafbar, wenn sie es tun.

### Schuljugend und Kriegsernährung.

Auf einem Elternabend der Elisabeth-Schule in der Kochstraße sprach Sanitätsrat Dr. Vehrenb über Ernährungsfragen. Wenn auch bisher kein ungenügender Einfluß der fettlosen Speisen auf den Gesundheitszustand unserer Jugend festgestellt worden sei, die Kinder sogar an Gewicht zugenommen hätten, so müsse doch die Frage ernstlich erwogen werden: Wie schätze ich mein Kind vor Unterernährung? Dringend empfahl er allen Eltern die Vermittlung der Massenernährung. Er habe 6 Wochen lang schon die allerbesten Erfahrungen damit gemacht. Der ästhetische Mangel der besonderen Zubereitung der Speisen werde aufgewogen durch deren Nährhaftigkeit, Billigkeit und Schmachthaftigkeit. Lebhafte beklagte der Redner, daß zahlreiche Kinder nicht genügend Schlaf erhielten. Er verlangte mindestens zehn Stunden.

Prof. Dr. Vogel sprach die Bitte aus, die Schulkinder in der jetzigen schweren Zeit nicht mit überflüssigen häuslichen Schularbeiten zu überlasten. Die Kinder der Großstädte seien gegenüber von Schülern auf dem Lande in vieler Beziehung im Nachteil. Sie dürften keine Opfer des Krieges werden, auf den Kindern beruhe die Zukunft unseres Volkes. Er warf die Frage auf: Was können unsere Kinder körperlich und geistig noch ertragen? Zum Schluß seiner eindrucksvollen Worte empfahl er allen Lehrpersonen tümliche Rücksichtnahme auf alle Kinder auch hinsichtlich ihrer körperlichen Entwicklung. Große Aufmerksamkeit sei unumgänglich nötig. — Es sprachen auch mehrere Väter und Mütter sowie in Erwiderung der vielen Anregungen u. a. Direktor Kannegeiser. Es wurde mitgeteilt, daß besonders das Singen jetzt mehr als sonst gepflegt würde und Kraftturnübungen nur noch in geringerem Umfange vor-kommen.

### Die Kartoffelversorgung.

Der Magistrat Berlin bittet uns, bekannt zu geben, daß er mit Rücksicht auf die außerordentlich geringen Kartoffelzufuhren in den letzten beiden Wochen von einer Verringerung der Haushaltungen mit Winterkartoffeln zu seinem Bedauern absehen muß. Der Magistrat hat immer noch die Hoffnung gehabt, daß, nachdem die Frostperiode in der vergangenen Woche vorüber gegangen war, die Zufuhren sich wieder so heben würden, daß neben Deckung des laufenden Bedarfs eine zentnerweise Verringerung der Haushaltungen mit guten, lagerfähigen Kartoffeln möglich sein würde. Diese Erwartung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Es mußte sogar die Wochen-lopmenge von 7 auf 8 Pfund herabgesetzt werden. Der Magistrat wird dauernd bemüht sein, wenigstens den laufenden Bedarf sämtlicher Bewohner zu decken und rechnet bei diesen Bemühungen mit Bestimmtheit auf die Unterstützung der Lieferungsverbände und der Zentralstellen. Es darf also kein Kartoffelhändler an Verbraucher Kartoffeln zentnerweise abgeben, andernfalls ihm Kartoffeln überhaupt nicht mehr zu-gestellt werden. Ebenso macht sich auch jeder Verbraucher strafbar, der zentnerweise Kartoffeln bezieht.

Bei der Gelegenheit bittet uns der Magistrat, zugleich darauf hinzuweisen, daß sich bei der Prüfung der Aufbewahrung der für die Haushaltungen, sei es durch den Magistrat, sei es unmittelbar von Erzeugern vom Lande zentnerweise gelieferten Kartoffeln heraus-gestellt hat, daß in vielen Fällen trotz der Vorausbelieferung die entsprechenden Kartoffelartenabschnitte noch nicht an die Brot-kommissionen abgeführt worden sind. Um sich selbst Weiterungen und Unannehmlichkeiten zu ersparen, werden die so versorgten Ein-wohner nochmals dringend aufgefordert, unverzüglich ihre Kartoffel-artenabschnitte bei der zuständigen Brotkommission abzugeben.

### Die Hauschlachtungen in den Groß-Berliner Landkreisen.

In den Groß-Berliner Landkreisen sind in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Dezember bereits rund 16 000 Anträge auf Haus-schlachtungen genehmigt worden. Davon entfallen 9000 auf den Kreis Niederbarnim und 7000 auf den Kreis Teltow. Täglich laufen Hunderte von Hauschlachtungsanträgen der „Selbstver-sorger“ ein. Die Ortsbehörden haben die Richtigkeit der von den Schweinehaltern gemachten Angaben zu bestätigen, und wenn sich keine Anstände ergeben, wird von den Landratsämtern die Geneh-migung erteilt. Im Kreise Niederbarnim mühten etwa 150 An-träge abgelehnt werden, weil nachgewiesen wurde, daß die Schweine unberechtigterweise gefaßt und nicht sechs Wochen in der eigenen Wirtschaft gehalten worden waren. In beiden Landkreisen wurden mehrere Anträge abgelehnt, weil es sich bei ihnen um die bekannten Pensionsschweine handelte, die nicht in eigener Raß gehalten wurden. Eine Reihe von Ablehnungen erfolgte, weil für die zu versorgenden Personen zu viel abgeschlachtet werden sollte und ein Verderben der Vorräte zu befürchten war. Im Kreise Teltow wird ein Hauschlachtungsschwein auf vier Personen ge-rechnet, so daß für acht Personen zwei Schweine geschlachtet werden können, nicht aber schon, wie es beantragt war, für fünf.

### Nichtpreise für Umzüge.

Man schreibt uns: „Die Umzugspreise für Möbelwagen sind binnen zwei Jahren genau so gestiegen, wie die Preise für alles andere. Es soll anerkannt werden, daß die Möbelfuhrerinnen nicht zu den alten Preisen arbeiten können. Sie müssen höhere Löhne zahlen, haben höhere Futterkosten, können auch ihre Möbelwagen nicht genügend ausnutzen. Dennoch müssen die Umzugspreise als viel zu hoch bezeichnet werden. Man muß durchschnittlich mindestens einen Hundertmarktschein opfern, um die Einrichtung einer Zweizimmer-wohnung fortschaffen zu lassen. Das ist das Dreifache des früheren Preises. Umzugsfahrten für größere Wohnungen sind natür-lich noch viel teurer. Solche Preise mögen Leute bezahlen, die aus Ver-änderungsdrang umziehen. Sehr viele Wohnungsinhaber sind aber in den gegenwärtigen Zeiten zum Umzug gezwungen durch Kriegs-todesfälle oder durch Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Leute werden dann neben ihrem Unglück durch die hohen Umzugspreise noch besonders empfindlich getroffen. Leider werden auch jetzt noch zahlreiche Mieter aus oft wichtigen Gründen gekündigt, ohne daß man der schweren Zeiten Rechnung trägt. Ist es da nicht möglich und geboten, daß die Behörden auch in diese Ver-hältnisse preisregelmäßig eingreifen? Dadurch dürfte natürlich kein Mangel an Wagen und Leuten entstehen.“

### Zunahme der Einäscherungen im Krieg.

Die Zahl der Einäscherungen in den deutschen Bestattungen wächst während des Krieges fortgesetzt. So sind im Oktober dieses Jahres wieder 104 Einäscherungen mehr vorgenommen worden, als in demselben Monat des vorigen Jahres. Die Zahl betrug dieses Jahr 902. Auf Berlin kamen die meisten mit gerade 100. Es folgten Leipzig mit 88, Dresden 58, Bremen 49, Gotha 46, Dams-burg 46, Chemnitz und Stuttgart 34, München und Jittau 31, Jena 26, Koburg 24, Weimar 21, Gera 20, Mainz, Mannheim und Offenbach 18, Jülich 16, Eisenach, Nürnberg und Ulm 15, Heidelberg 14, Reptow 13, Frankfurt a. M. und Lübeck 12, Karlsruhe und Wiesbaden 11, Freiburg, Pömmel und Sonneberg 9, Braunschweig 8, Danzig, Görlitz und Meiningen 7, Eßlingen und Pagen 6, Dessau, Halle, Girschberg, Kiel und Krefeld 5, Göttingen und Greifswald 4, Tilsit 3, Baden-Baden und Darmstadt 2, Augsburg 1, Heilbronn und Meiningen 0. Von den Eingäscherten waren 519 männlichen, 383 weiblichen Geschlechts. Dem Vorkenntnis nach waren 788 evan-gelisch, 59 katholisch, 11 altkatholisch, 81 mosaisch, 33 gehörten einem anderen Bekenntnis an oder es war keins angegeben. Eine religiöse Trauerfeier in der Bestattung fand in 756 oder 84 Proz. aller Fälle statt. Im ganzen haben bis jetzt in den deutschen Bestattungen 93 807 Einäscherungen stattgefunden.

Keine Bezugscheinsteuer für bestellte Kleidung. Der Allge-meine Deutsche Arbeitgeberverband hatte an den Reichskanzler eine Eingabe um Verlängerung der auf den 30. November 1916 fest-gesetzten Ablieferungsfrist für die vor dem 31. Oktober bestellte Kleidung gerichtet. Hierauf ist jetzt vom Staatssekretär des Innern eine ablehnende Bescheid ergangen.

Der Höchstpreis für Sauerkraut. Eine amtliche Bekannt-machung der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut sagt: Um Mißver-ständnissen vorzubeugen, wird wiederholt darauf hingewiesen, daß der Höchstpreis für Sauerkraut im Kleinhandel 16 Pf. pro Pfund beträgt. Verkäufer und Käufer machen sich strafbar, wenn dieser Preis überschritten wird.

Städtischer Fischverkauf. Am heutigen Mittwoch findet in allen städtischen Markthallen ein Verkauf von der Stadt bezogener Dorische statt. Der Pfundpreis beträgt 75 Pf. für den aus-genommenen, 65 Pf. für den ausgenommenen Dorisch. Die Ab-gabe erfolgt nur an Berliner Einwohner gegen Vorlegung der Aus-weiskarte für den städtischen Lebensmittelverkauf.

Teuerungszulage. Den städtischen Arbeitern und Hand-werkern wird nach einem Beschluß des Magistrats Berlin zu der bisherigen Zulage eine neue in Höhe von täglich 50 Pf. gezahlt, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Juni d. J. ab.

Berliner Kylverein für Obdachlose. Im November nächstigen im Männerasyl 8005 Personen, wovon 2379 haben, im Frauen-asyl 2466 Personen, wovon 678 badeten. Arbeitsnachweis wird erbeten für Männer und Frauen Wiesenstr. 55/59.

Kindesmord und Selbstmordverfuch. In der Müllerstraße 2 wohnte erst seit zwei Tagen im ersten Stock des Seitenflügels eine 27 Jahre alte Arbeiterin Martha Peier mit ihrer 5 Jahre alten Tochter Frida. Gestern nachmittag fand man beide in ihrer alten Stube und Küche bestehenden Wohnung, die ganz mit Gas angefüllt war, bewußtlos daliegen. Die Mutter hatte den Gas-hahn geöffnet, um gemeinsam mit ihrem Kinde in den Tod zu gehen. Es gelang, die Mutter ins Leben zurückzurufen, während bei dem Kinde nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Die Mutter wurde verhaftet.

Opfer einer Gasvergiftung geworden sind gestern nacht die Ehe-leute Flöhe, Fasanenstr. 44, wo das Ehepaar die Portierstube ver-las. Es wird Selbstmord vermutet. Der etwa 43 jährige Ehe-mann war vor einiger Zeit als Kriegsinvalide entlassen worden, konnte sich jedoch infolge der schweren Verwundung nur an Stöcken fortbewegen. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ehepaars, das kinderlos war, scheinen sehr ungünstig gewesen zu sein. Schrift-liche Aufzeichnungen der Leute konnten bisher nicht gefunden werden, so daß eine genaue Aufklärung des Todesfalles noch nicht möglich war.

Tödlicher Unfall einer Straßenbahnfaherin. An dem Triebwagen einer vom Stadtiunern nach dem Spandauer Wald verkehrenden Straßenbahnlinie war unterwegs die Epidung durchgebrannt. Die Faherin stieg vom Wagen, um eine neue Sicherung einzusetzen, ver-gaß aber die Kurbel abzunehmen. Während die Frau damit be-schäftigt war, die Störung zu beseitigen, setzte sich der Triebwagen plötzlich in Bewegung. Die Faherin geriet unter den Wagen und wurde überfahren. Erst nach Anheben des Wagens gelang es, die Verunglückte zu befreien. Sie hatte jedoch so schwere Verletzungen erlitten, daß sie alsbald starb.

Selbstmord oder Unfall? Im Hause Kirchbachstr. 12 hat eine Frau Sch. durch Sturz aus dem Fenster den Tod gefunden. Frau Sch., die schon das achtzigste Lebensjahr hinter sich hatte und kränklich war, soll durch Lebensüberdruß zum Selbstmord gekommen sein. Sie wohnte bei ihrem verwitweten Schwiegersohn und zwei erwachsenen Enkelküdern, doch war sie, als sie die Lat beugte, allein in der Wohnung. Vor dem Sturz wurde von einer Hausbewohnerin beobachtet, wie die Greisin in ihrer im vierten Stockwerk gelegenen Wohnog mehrere Male an das offene Küchenfenster trat und sich über das Fensterbrett weit hinausbeugte. Danach wäre nicht un-möglich, daß es sich nicht um Selbstmord handelt, sondern die Greisin das Opfer eines Unfalles geworden ist.

Selbstmord. Vermögensverluste haben den Privatier Richard V. aus der Weidestraße in Charlottenburg in den Tod getrieben. V. betrieb lange Jahre die Gastwirtschaft im alten Charlottenburger Schützenhaufe, das später bei der Anlage des Kaiserdammes ab-gerissen wurde. Dann übernahm er das bekannte Berliner Restau-rant „Koscher Keller“ und wurde dort ein reicher Mann. Seit längerer Zeit lebte V. in Charlottenburg. Seit Ausbruch des Krieges hatte er schwere Geldverluste, die ihn schwermütlich machten und schließlich in den Tod trieben. Er schoß sich in seiner Wohnung in Abwesen-heit seiner jungen Frau eine Revolverkugel in die rechte Schläfe und war sofort tot.

### Aus den Gemeinden.

Charlottenburg. Die Kunststelle für Kranken-ernährung in Charlottenburg befindet sich im Hause Wilhelm-erstraße in parterre. Die Dienststunden sind mit Ausnahme des Sonntags von 8—8 und 6—7 Uhr. Die Abteilung für Krankenernährung beim Magistrat Charlottenburg, Rühower Str. 8a, ist für den Ver-lehr mit dem Publikum geschlossen.

Wilmersdorf. Nach den mit der Stadtgemeinde Schöneberg und dem Kreise Teltow bestehenden Verträgen ist die Stadt Wilmers-dorf berechtigt, im Auguste-Viktoria-Krankenhaus zu Schöneberg 150 Betten und in den Kreiskrankenhäusern zu Lichterfelde und Weiz zusammen 100 Betten zu belegen. Wegen Erneuerung des Vertrages mit dem Kreise Teltow liegt dem nächsten Kreistage eine Vorlage der Kreisverwaltung vor, die voraussichtlich zu einem positiven Resultat führen wird. Die Verhandlungen mit Schöne-berg gestalten sich, wie das Städtische Nachrichtenamt Wilmersdorf schreibt, schwieriger, da hier die Forderungen unannehmbar hoch sind. Kommt, wie anzunehmen, eine Einigung nicht zustande, so wird die Stadt Wilmersdorf sofort den Bau eines eigenen Kranken-hauses zu 250 Betten in Angriff nehmen, der beim Ablauf des Ver-trages mit Schöneberg im Jahre 1920 fertig gestellt wäre.

Neutun. Der Stadtgemeinde ist es gelungen, größere Mengen Räucherkerze aus dem Ausland einzuführen. Der Verkauf findet werktäglich in der Zeit von 10—12 Uhr vor-mittags am den städtischen Eiswerk, Mittelbuschweg 22/27, statt. Der Verkaufspreis für eine Kiste mit ungefähr 100 Stück Inhalt beträgt 60 M.

### Soziales.

Die deutschen Konsumvereine am Anfang des Jahres 1916.

ssc. Im kürzlich erschienenen Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine finden wir auch eine Verrechnung über die Gesamtzahl den Mitgliederbestand und die Geschäftsergebnisse der deutschen Konsumvereine zu Beginn des Jahres 1916. Als Grundlage dienen ihr der Bericht des Zentralverbandes für das Jahr 1915, der des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe be-ruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften für 1914 (da der für 1915 noch nicht vorlag) und die allerdings sehr unvollkommene offizielle deutsche Genossenschaftsstatistik. Unter Annahme einer prozentual gleich starken Entwicklung wie der des Zentralverbandes werden die Ziffern des Allgemeinen Verbandes um ein Jahr weiter geführt und endlich an der Hand der Ge-schäftsergebnisse beider Verbände diejenigen der außerhalb stehen-den Vereine berechnet. Es handelt sich bei der vorliegenden Stati-stik also nicht um eine Wiedergabe genau festgelegter Zahlen, sondern um eine allerdings mit Sorgfalt durchgeführte Schätzung, die aber immerhin in ihren Ergebnissen von der Wirklichkeit mehr oder weniger abweichen kann. Das Resultat ist folgendes:

Die Gesamtzahl der Konsumvereine (eingezeichnet und nicht eingetragener) am 1. Januar 1916 war 2400. Diese Vereine zählten zusammen 2,6 Millionen Mitglieder (gegen 2,4 Millionen im Vorjahr), das ergibt unter Hinzurechnung der Familien-angehörigen eine Bevölkerung von circa 11 Millionen. Somit wäre also nahezu der sechste Teil der Reichsbefölkerung gegen-

wärlich an den Konsumvereinen interessiert, gewiß ein erfreuliches Ergebnis. Der Umsatz der Vereine im eigenen Geschäft betrug 742 (688) Millionen Mark, wovon 143 (181) Millionen Mark, d. h. circa der fünfte Teil, in eigenen Produktionswerkstätten hergestellt wurden. Dazu kommt ein Umsatz im Lieferantengeschäft von 46,8 (43,2) Millionen Mark. Der Wert des Grundbesitzes stand mit 130 (128) zu Buche; die Geschäftsguthaben der Mitglieder hatten die Höhe von 50 (46) Millionen, die ausgenommen Anleihen und Spargelder die von 106 (97) Millionen Mark erreicht. Unter Hinzurechnung der Nachzahlung der Mitglieder erübrigten die deutschen Konsumvereine im Jahre 1905 68 (60) Millionen Mark.

Der wichtigste Teil der Gesamtbewegung ist im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisiert, auf den 1070 Konsumvereine, 1 843 439 Mitglieder, 4 Millionen Mark Umsatz im eigenen und 20 Millionen Mark im Lieferantengeschäft, 108 Millionen Mark Grundbesitz, 80 Millionen Mark Geschäftsguthaben, 5 Millionen Mark Spareinlagen und 33 Millionen Mark Erbsparung kamen. Die Bedeutung des Allgemeinen Verbandes für die Konsumvereinebewegung wird demgegenüber von Jahr zu Jahr schwächer.

**Freiung der Halbinvaliden von der Krankenversicherung.**  
Es ist schon länglich darauf hingewiesen worden (siehe „Vorwärts“ vom 21. November), daß Militärpersonen, die als Halbinvaliden entlassen worden sind, bei Wiedereintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung sofort der Versicherung wieder unterstellt sind. Sie sind im allgemeinen genau so zu behandeln wie ein Gesunder, der in die Arbeit eingetreten ist. Dies kann unter Umständen die Krankenkassen recht sehr belasten, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sehr bald Bestrebungen im Gange sind, auf die Halbinvaliden einzuwirken, von dem Recht des § 173 Gebrauch zu machen. Dort heißt es, daß auf seinen Antrag von der Versicherungspflicht befreit wird, wer auf die Dauer nur zu einem geringen Grade arbeitsfähig ist, solange der vorläufig unterstützungspflichtige Armeeverband einverstanden ist. Es werden höchstwahrscheinlich namentlich die Vertriebskrankenkassen versuchen, auf die Militärinvaliden einzuwirken, sich von der Versicherungspflicht befreien zu lassen. Es wäre natürlich sehr verfehlt, wenn diese auf ein derartiges Ansuchen eingehen würden, denn in all den Fällen, wo bei Erkrankungen nicht die Militärbehörde eintreten muß, was nur dann der Fall ist, wenn diese Erkrankungen auf den Krieg zurückzuführen sind, würde bei Mittellosigkeit die Armenbehörde eingreifen haben. Ganz abgesehen von all den bekannten Anleihen, die dies im Gefolge hat, würden dann auch die politischen Rechte der Invaliden verloren gehen. Für das Reich ist zwar durch das Reichsgesetz vom

15. März 1900 betreffend die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte ausgesprochen, daß durch die Gewährung von Krankenunterstützung diese Rechte nicht beeinträchtigt werden; aber dieses Gesetz gilt nicht für die aus der bundesstaatlichen Gesetzgebung erwachsenen öffentlichen Rechte. In Preußen z. B. könnte ein Verlust der politischen Rechte eintreten. Es empfiehlt sich deshalb, daß derartige Anörungen von den Invaliden stets abgelehnt werden, und daß dann, wo im Anschluß an derartige Ablehnungen die Entlassung aus der Arbeit erfolgt, stets die Öffentlichkeit angerufen wird. Die öffentliche Meinung ist in sehr vielen Fällen ein guter Berater. Sie wird sich als solcher auch hier betätigen, zumal es doch geradezu ein Hohn auf die vielen Versprechungen wäre, die den Leuten, die ihr Leben für das Vaterland in die Schanze schlagen, gemacht werden, wenn lediglich im Interesse der Krankenkassen die politischen Rechte der im Kriege schwer Verwundeten verloren gehen sollten.

## Aus aller Welt.

### Die Explosion im Hafen von Archangelsk.

**Die Explosion im Hafen von Archangelsk.**  
Eine Verhaftung in New York.  
New York, 4. Dezember. Meldung des Neuerischen Bureaus. Der Handelsattaché der russischen Botschaft in Washington hat auf dem Hauptpolizeibureau angezeigt, daß die Explosion im Hafen von Archangelsk durch Bomben verursacht worden sei, die in der Ladung eines Schiffes verborgen worden seien, ehe dieses Amerika verlassen habe. Ein gewisser Samuel Gatter in Brooklyn wurde unter der Beschuldigung, in die Angelegenheit verwickelt zu sein, verhaftet.

**Uberschwemmungen in Spanien.** Nach einem Telegramm der „Gumantis“ aus Madrid sind in der Gegend von Valencia — also im Gebiet des Guadalquivir — Überschwemmungen eingetreten, die sich auf ein Gebiet von 200 Quadratkilometer erstrecken. Der Schaden wird auf mehrere Millionen geschätzt. Die Drangenernte soll fast vollkommen vernichtet sein. Ein Dillzug ist in Murcia eingetroffen, das mehrere Tage ohne Verbindung und ohne Nahrung geblieben war. Unter der Bevölkerung war bereits ein Hungersnot ausgebrochen.

**Das Lazarett im Wiener Reichsratsgebäude** wird nun endlich geräumt. Lange hatte man das Vergebens verlangt, obgleich seit der Errichtung der großen Lazarette in den Vororten das Parlamentsgebäude gar nicht mehr für einen solchen „Sojournsdring“ Zweck gebraucht wurde und auch das Universitätslazarett längst geräumt wurde.

Der Patriot, ein Pferdehändler, der durch den Krieg ein reicher Mann geworden ist, hat sich eine Villa gekauft, die er mit großem Aufwand herrichten läßt. Als alles nach seinen Wünschen fertig gestellt ist, bittet er den Baumeister, noch einen Spruch am Eingang anbringen zu lassen, worauf dieser die Worte in Vorschlag bringt: Was ich bin und was ich habe. Dank ich Dir mein Vaterland.

## Parteiveranstaltungen.

„Vorwärts“, Les- und Diskussionsklub für Groß-Berlin Disjussionsabende am Mittwoch, den 6. Dezember, abends 8 Uhr:

Sektion 4 bei Huth, Barthauser Str. 61. Vortrag des Genossen Karl Schröder: „Aus Vergangenheit und Gegenwart“.  
Sektion 6 bei Sasse, Lindenstr. 28. 1. Vortrag. 2. Diskussion.  
Sektion 8, Fontane, Niederländerstr. 1. Vortrag. 2. Diskussion.  
„Zum Paragrafen“, von Hebrich, Gantow, Schloßstr. 6. Tagesordnung: 1. Vortrag des Stadtratsordneten Max Gröger: „Rückblick — Ausblick“. 2. Diskussion. 3. Mittelsreden aus Berlin. — Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden. Um zahlreichem Besuch bittet Der Vorstand.

„Vorwärts“, Les- und Diskussionsklub für Groß-Berlin. Freitag, den 8. Dezember 1916, abends 8 Uhr: Versammlung im Saale der „Neuen Harmonie“, Köpenicker Straße 96/97. Tagesordnung: „Das Unheimliche“. Referenten: Reichstagsabgeordnete G. Koste und Gustav Bauer.

## Briefkasten der Redaktion.

**B. B. S. 293.** 1. Sie erhalten Order. 2. Da Sie den Preisvertrag nicht unterzeichnet haben, sind Sie für die Werte nicht halbes. 3. Sie können ein Gesuch an die Kriegskassenbehörde deutscher Frauen, Erbsparungskasse der Frau Kronprinzessin in Potsdam, Neuer Garten, richten. — **B. B. S. 85.** Sie müssen Ihren gesamten Vermögensbestand angeben. — **B. B. S. 100.** 1. bis 3. Nein. 4. Wenn der Vater verstorben und die Mutter nicht imstande ist, für den Unterhalt des Kindes zu sorgen, könnte das Kind nur Unterstützung aus öffentlichen Mitteln beziehen. — **B. B. S. 4708.** 1. und 2. Sie müssen den zweiten Unterstützungsschein unter Vorlegung des Sachverhalts der Gemeinde vorlegen. 3. Ja. 4. Wenn Sie sich in dieser Angelegenheit an den Reichslandesrat, Berlin, Unterstr. 3/85. — **B. B. S. 1.** Die Schüler sind zum Schlußjahr für die abhanden gekommene Erlaubnis nicht verpflichtet. 2. Nein. 3. Nein. Schreibe ich zunächst beim Rektor, dann an die Schulinspektion zu richten. — **B. B. S. 11.** Aus dem Fremde wird keine Nachzahlung erfolgen. — **B. B. S. 20.** Wenn sich in Ihren Verhältnissen nach Eingebung der Ehe nichts geändert hat, so wird die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit verneint und die Unterstützung verweigert werden.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittags. Zeitweise anlassend, jedoch überwiegend bewölkt und vielfach neblig mit geringen, nur im Süden etwas stärkeren Niederschlägen. Langsame weitere Abkühlung.

**Deutscher Buchhändlerverband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Am Sonnabend, 2. Dezember, verstarb nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Schuld- arbeiter  
**Walter Schneider**  
im Alter von 33 Jahren.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofs, Ecke Müller- und Seestraße, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung wird eruchtet.  
Nach längerem Krankenlager verstarb am 4. Dezember unser Mitglied  
**Emma Kroll**  
im 23. Lebensjahre.  
Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 7. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Simeons-Gemeinde in Ulrich-Tempelhofer Weg, statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
21/20 Die Ortsverwaltung.

**B. FEDER**  
Zentrale Norden: Braunstr. 1  
Filiale Osten: Frankfurter Allee 250  
Filiale S. O.: Köpenicker Damm 103  
Filiale Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 5  
(Ecke Wilmersdarter Straße)

erfertigt  
unter günstigsten Zahlungsbedingungen  
auf Teilzahlung  
**Herrn- u. Damen-Garderobe**  
**Knaben- u. Mädchenkleidung**  
in grosser Auswahl sehr preiswert  
**Pelz-Kragen und Pelz-Muffen**  
in einfacher und eleganter Ausführung  
Anzeige mitbringen, 3 M. Wert!

eigener Konfektion, gut sortiertes reichhaltiges Lager in allen Pelzarten, Reparaturen nach schicksten Modellen, Kürschnermeister  
Itzig, Kantstr. 50 im Hause der Post

**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**  
Berlin C. N. Gabelsch, Adstr. 174.  
O. Karl Welle, Osterburger Weg 4. R. Wengels, Markstraße 36.  
N. O. E. Zucht, Ammannstraße 12.  
N. H. Walz, Ballstraße 2. G. Fischer, Balkanstraße 6.  
Karl Wars, Griesenbagger Str. 22. R. Gönisch, Kallertstr. 31a.  
G. Vogel, Loggingstr. 9.  
N. W. Salomon Joch, Wilhelmshaber Str. 48.  
S. W. G. Schmidt, Börsenwall 42.  
H. St. Fris, Oranienstr. 31. G. Lehmann, Kolonnen Damm 8.  
S. O. Paul Böhm, Lauffer Weg 14/15. V. Horich, Engelstr. 15.  
Adlershof, Karl Schwarzschild, Bismarckstr. 28.  
Hansschulzenweg, S. Horich, Marienbader Str. 13, I.  
Hornigwalde, Paul Kienast, Mühlgr. 10.  
Charlottenburg, Gustav Scherzberg, Erlenheimer Str. 1.  
Friedrichshagen, Ernst Werthmann, Köpenicker Str. 18.  
Grünau, Franz Klein, Friedhofstr. 10.  
Johannisthal, Max Gausler, Gärtr. 23.  
Karlshorst, Hermann Billing, Dönhofsstr. 23.  
Köpenick, Emil Dittler, Regierstr. 6, Laden.  
Lichtenberg I, Otto Zeisel, Gartenbergstr. 1.  
Lichtenberg II, A. Klotzmann, III-Straße 56.  
Neukölln, W. Schmidt, Redarstr. 2. G. Rohr, Steglitz- straße 29/30.  
Nieder-Schöneweide, W. H. Harn, Bräudenstr. 10.  
Nowawes, Karl Kroschberg, Glienbahnstr. 10.  
Ober-Schöneweide, Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17, Laden.  
Pankow, Otto Bihmann, Köpenicker Str. 20.  
Reinickendorf, G. Ulrich, Geringstr. 56, Laden.  
Schöneberg, Wilhelm Baumier, Metzingstr. 9 im Laden.  
Spandau, Schuhmacher, Dettmerstr. 64.  
Steglitz, G. Bernice, Altonastr. 5.  
Tempelhof, Hedemann, Kaiser-Wilhelmstr. 74.  
Treptow, Robert Gramann, Riefelstr. 412, Laden.  
Weißensee, Gustav Holst, Berliner Allee 11.  
Wilmersdorf, Paul Schubert, Bismarckstr. 27.

**Restehandlung**  
**Becker, Seydelstr. 1** Spittelmarkt.  
Herrn- und unter Garantie für Damenstoffe, wahlloslos Sitze, gr. Auswahl, Sonst kein Abbruch a. billigen naherweg. Preisen : : : Besond. Angebot: Ein gr. Posten Herren- u. Damen- u. Kleider, sehr preiswert.

**Arbeiter-**  
**Notiz-Kalender**  
**1 \* 9 \* 1 \* 7**  
Mit dem Fortschritt des verstorbenen Genossen die Geschichte, reißt sich der diesjährige Kalender seinen Vorgängern würdig an. Der weltliche Inhalt ist sehr reichhaltig den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer einem reichhaltigen factischen und Wessens-Material und sonst wünschenswerten Notizen beinhalten besonders hervorzuheben zu werden: Kapitalabfindung an Stelle von Kriegs-Verlorenung. — Bücher zur Kriegsvorbereitung. — Sozialdemokratie und Volksernährung in der Kriegszeit. — Was ist die deutsche Sozialdemokratie? den Frieden! — Die Gewerkschaften im 2. Kriegsjahr. — Der alte E. Bide.  
Preis gebunden 60 Pf.  
Buchhandlung Vorwärts  
Lindenstr. 3.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. November infolge Kopfschlag mein innigstgeliebter Mann, guter Vater, Sohn, Bruder, Onkel und Schwager, der Landsturmmann  
**Max Jubelt**  
(Inf.-Regt. 45)  
im höchstehenden Alter von siebenunddreißig Jahren.  
In tiefem Schmerz  
**Ottlie Jubelt**  
geb. Hagenau  
versetzt Sohn und Angehörigen.  
Ruhe sanft in fremder Erde.

**Billige Preise!**

**Wunderbare Plüschmäntel**  
aus Bealplüsch, Seidenplüsch, das Beste vom Besten, Glocken- und Blumenformen, glatt und mit echten Pelzbesätzen  
100.- 120.- 150.- 180.- 200.-  
Hanseln Modelle in Astrachan, Krimmer, Wollplüsch  
**sehr billig!**

**Entzückende Ulster u. Mantelkleider**  
aus besten Stoffen, dicke, mollige Qualitäten mit echten Pelzbesätzen, auch glatt, reiz. Formen  
150.- 180.- 200.- 250.- 300.-  
Vorjährige Ulster-Prachtstücke, darunter Modelle  
20.- 24.- 22.- 18.- 15.-

**Modell-Kostüme u. Mantelkleider.**  
Samt mit Pelz, reinwollener, guter Kammergarn und Tuch mit Verschönerungen, Kravats für neueste Werkstättenarbeit auch für stärkste Figuren  
250.- 200.- 150.- 100.- 75.- 50.-

**Zu Festgeschenken geeignet!**  
Vorjährige Modellkostüme aus besten Stoffen, Samt- und Seidenkleider, Hüde, Blusen, Ledermäntel, Lederkostüme  
60.- 42.- 35.- 30.- 24.- 19.-  
Festgeschenke werden aufbewahrt und pünktlich geliefert. Umtausoh gestattet. Auswahlsendungen nach außerhalb gegen Anzahlung. Für stärkste Figuren Passendes vorräthig.

**Westmann**  
I. Geschäft: Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)  
II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Adressstr.)  
Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

**Das Recht**  
während des Krieges  
Preis 40 Pf.  
Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wochenernennung, Unterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungs-geschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeitsversicherung, Anstellungsverhältnisse, Zahlungsfristen u. v. a. Fragen, die das Rechtsverhältnis berühren  
**Buchhandlung Vorwärts**  
Berlin, Lindenstr. 3

**Stoffe**  
für Maß-Anzüge, Paletots, Damen-Kostüme, Mäntel, Meter 10.-, 14.-, 16.-, 20.-, Seiden-Seal, Astrachan.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H., Getrandtenstr. 20-21, gegenüber der Patrikirche.

**Cigaretten, Cigaretten, Rustabako**  
Engros  
F. Ernst Borch, Elnasserstr. 21.  
**Alkoholle Getränke**  
**Ranz Abraham**  
Kant. Wein- u. Rumortrank-Keil, C. 23, Pariserstr. 14, Fernspr. Krat. 13798  
**Bad-Anstalten**  
**Neukölln**  
Central-Bad Anzengruberstr. 20.  
**Diana-Bad** Köpenickerstr. 59  
National-Bad, Brunnenstr. 2.  
**Passage-Bad** Köpenickerstr. 79.  
Reform-Bad, Wiener Str. 65.  
**Küchen- u. Konditoreien**  
**Oskar Hanke's Brothück.**  
73 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow gegründet 1892.

**Erscheint 2 mal wöchentlich.**  
F. Kienewetter, Schilddr. 16.  
G. Meier, Grünbergstr. 27.  
Otto Wolff, Treptow, Krüllstr. 14  
Zachar, Gr.-Lichtstr. 15, Fernspr. 154  
**Wassergewinn**  
R. Hauke, Straßburger Str. 54.  
E. Kraus, Köpenickerstr. 45.  
A. E. Lange, Brunnenstr. 195  
**Butter, Eier, Käse**  
**Wilhelm Göbel**  
25 eigene Füllalen.  
**Gebhürder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte  
**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen 43

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**August Holtz** 15 Detail-Geschäfte.  
**Uhly & Wolfram**  
Brauerei Bützow empfiehlt Qualitätsbiere  
C. Habels Brauerei  
Mänchner Brauhaus Berlin und Oranienburg

**Trinkt Wanninger Bier!**  
**Weissbier, C. Breithaupt,**  
Pallasstr. 97 Tel. 1981, 1933  
**W. Beck**  
Inh.: Norm. Garboch  
Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69  
Pilsener- u. Würstwarenfabrik  
Willy Gerke, Petersburgerstr. 31  
Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26  
Kolonialwaren  
Adam Schmitz, Schillmannstr. 11.

**Ulsen, Stahlw., Waffen, Werkz.**  
Carl Jung, Stromstr. 21.  
Rühlmann, P.-Müllerstr. 40b, H. Seent  
**Herrn- u. Knabenanzug**  
J. Baer  
Laska & Singsack, Sokol-Allee 7  
Fabisch & Co., Eckhaus Linienstr.  
Hüte, Mäntel, Pelzwaren  
**Vester, E.** Köpenickerstr. 19/19  
**Bethke, Georg,** Köpenickerstr. 44  
Kauzella, Ulsterstr. 23, Kaiser-Friedr.  
Str. 64, Wessert, 189, Friedhofstr. 23  
Treptow, Grützelstr. 64.  
**Gaede, Otto** Charlottenburg.  
Wrangelstr. 75  
F. W. Sichter Ecke Currystr.

Untenstehende Geschäfts-empfehlen sich b. Einkauf.  
**Kurz-Weil, Wollw., Füllholz,**  
Hermann Meyer, Köpenickerstr. 21.  
**Photoverfahren**  
M. Albrecht 80, Köpenickerstr. 2.  
auch Goldschmied.  
**Mähmaschinen**  
Bellmann, E., Gollnowstr. 28  
Nähmaschinen  
**Singer**  
Nähmaschinen  
Läden in allen Stadtteilen.  
**Optiker, Mechaniker**  
Schubert, Carl, Nolln. Bergstr. 148  
**Schreibwaren**  
O. Froehnow, Köpenickerstr. 49

**Wolno, Liköre, Prunellafto**  
**Hugo Selig**  
60 Füllalen in allen Stadtteilen.  
**Herm. Meyer & Co. Act. Ges.**  
ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl.  
**Underberg**  
SEMPER IDEM  
Uhren u. Goldwaren  
Lehmann, Alb., Frankl. Allee 10  
**Versicherungen**  
„Deutschland“ Berlin  
Arbeitsversicherung — Schutz-  
Sterbekassenversicherung, straße 2.  
Spandau  
Scheuerlein, Spandauerstr. 15, Fisch- u. Wirtw.